

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 115 · 9. JAHRGANG · AUSGABE 8/2004 · VOM 13. AUGUST 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | Zur Landtagswahl am 7-10  
19. September gut gerüstet  
Bewerber stellen sich vor

»Warum geht kein Auf-  
schrei durch die Republik?«  
Sonderveröffentlichung zu Hartz IV

12 | Aufrüstung per  
EU-Verfassung  
1. Mai 2004 – ein historisches Datum

## Montagsdemos auch in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** Mittlerweile werden mehr und mehr Einzelheiten bekannt, was durch die sogenannte »Hartz IV Reform« auf die Betroffenen zukommt. Existenzängste machen sich breit. Und das nicht nur unter den bereits Arbeitslosen. Auch bei jenen, die nur von der Möglichkeit bedroht sind, selbst arbeitslos zu werden, geht die Angst um. Die Angst, künftig in Armut leben zu müssen. Als Betroffene sehen sich sogar viele Inhaber fester Jobs, die zunehmend mit Forderungen von Unternehmerverbänden nach Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich konfrontiert werden. Auch eine Folge des staatlich sanktionierten Lohndumpings infolge der »Hartz-Reformen«. Und wegen des zu erwartenden allgemeinen Kaufkraftverlustes ihrer Kundschaft macht die Angst vor den »Reform«-Folgen selbst vor vielen Unternehmern nicht halt, insbesondere im Bereich Handel und Dienstleistungen.

Die Anzeichen nehmen zu, daß diese breite Betroffenheit, die längst in Ärger und Unmut umgeschlagen ist, langsam in politische Formen schlüpft. Die Proteste nehmen zu. An den vielerorts wiederauflebenden Montagsdemos nehmen mittlerweile tausende Menschen teil. Wie dünnhäutig die Regierenden darauf reagieren, zeigten die jüngsten Ausfälle des Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement gegen die Montagsdemonstranten.

Auch in Eberswalde gibt es erste Bemühungen, den Protest gegen den Sozialabbau auf die Straße zu bringen. So hat bereits vor einigen Tagen eine Arbeitsloseninitiative unter dem Namen »Hartz(er) Käse« für den 6. September zu einer Protestkundgebung auf dem Potsdamer Platz im Brandenburgischen Viertel aufgerufen. Beginn soll um 19 Uhr sein.

Die Unterstützer dieser Initiative reichen von den Gewerkschaften bis zur evangelischen Kirche. Die PDS Eberswalde bekundete auf der Mitgliederversammlung am 6. August ihren Beistand für Aktionen gegen »Hartz IV«.

Angesichts der Dynamik, mit der die Proteste derzeit anschwellen, gibt es inzwischen Bemühungen, bereits vor dem 6. September mit regelmäßigen Montagsdemos in Eberswalde zu beginnen. Inspiriert werden diese Bemühungen u.a. von einem Aufruf des Berliner Politikologieprofessors Peter Grottian, der auch zu den Initiatoren des Volksbegehrens zum Berliner Bankenskandal gehört. Grottian ruft auf zu »Protesten neuen Typs« auf. »Alle bisherigen Mobilisierungskampagnen«, stellt Peter Grottian fest, »zeichneten sich durch eine Kreuzbravheit ihrer Protestaktionen aus (Demonstrationen), die etablierte Institutionen



1998 blockierten die Arbeitslosen bei einer ihrer Aktionen schonmal kurzerhand die Eisenbahnbrücke. Damals verhalfen sie dem heutigen Bundeskanzler ins Amt. Beginnt mit den aktuellen Protesten dessen Sturz?

nicht herausforderten.« Sein Aufruf trägt den Titel: »Für einen heißen Herbst 2004: Die »Agenda-2010«-Politik zu Fall bringen« und formuliert »16 Hebelpunkte zum zivilgesellschaftlichen Ungehorsam«. Nach seiner Meinung sind Bürgerstreiks statt lahmer Proteste, ziviler Ungehorsam und Amtsbesetzungen gegen die bevorstehende Umsetzung der »Hartz IV«-Gesetze notwendig. Dabei sind auch aggressive und provokative Aktionen geplant. So sollen Arbeitsämter von Protestierenden geschlossen und »Lumpen-Demonstrationen« durchgeführt werden. Angeregt werden auch »fürsorgliche Belagerungen« von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Denkbar sind solche »Proteste neuen Typs« auch in Eberswalde. Erwogen wird beispielsweise die »Schließung des Arbeitsamtes«, zumal dieses eine Beispielrolle unter den Arbeitsämtern Deutschlands erfüllt (allerdings ohne positive Wirkung auf Arbeitsplätze). Denkbar wären Blockaden oder Besetzungen des Arbeitsamtes. Aber auch andere Ämter oder Parteibüros könnten Ziele von Besetzungen oder anderen Aktionen werden. Bereits zu den Arbeitslosendemos 1998 gab es Spruchbänder »Alle Räder stehen still, wenn der Arbeitslose will«. Bezug genommen wurde damals auf den Bandstadtkarakter der Stadt Eberswalde, durch den jede Verkehrsblockade entlang der B 167 oder B 2 zum Zusammenbruch des innerstädtischen Verkehrs führt. Es wird erwartet, daß sich wegen des wachsenden Frustes bei den Protestaktionen ein zunehmendes Element der Spontaneität entwickelt.

## Media Markt

Im September soll der neue Landtag gewählt werden. Die Damen und Herrn haben in freier, selbst bestimmter Entscheidung den Termin in den schönsten Monat des Jahres gelegt. Die Leute sind dann sonnengebräunt aus dem Urlaub zurück, guter Laune und dankbar für den schönen Sommer. Bis zur Wahl hat jeder mit sich selbst zu tun. Am Wahltag ist Kaiserwetter und alle wählen die Regierung wieder.

Damit niemand seine Pflicht vergißt, hängt man die Bilder freundlicher Frauen und Männer mit flotten Sprüchen, wunderschöne melancholische Landschaftsbilder und ein paar Parolen an die Laternenmasten. Um die Stimmung zu heben, feiern wir auch noch den Brandenburgerstag. Ab und an gibt es Freibier und Kuchen von den Kandidaten. Sogar das programmierte Verkehrschaos im Zusammenhang mit dem Neubau der Bahnbrücke hat man auf den Oktober verschoben. Ist doch was Feines. Oder haben Sie noch Fragen?

Vielleicht wollen Sie wissen, wie die neue Regierung die Schulden des Landes tilgen will? Oder jemanden interessiert, wie man die überzähligen Bürokraten loswerden wird? Kommen neue Westbeamte? Warum kann der Staat für jeden Pups, den er läßt, Unsummen kassieren? Löst sich das Arbeitsamt selbst auf? Vielleicht gibt es eine Kreisreform? Werden die Steuern gesenkt oder steigen sie? Wie viele Jahre werden die Kinder in die Schule gehen? Sollen sie Studiengebühren bezahlen? Was sollen die Arbeitslosen machen? Gibt es Arbeitsplätze, oder eine Lehrstelle? Sind Reformen was sie sein sollen oder nur eine Form um wieder mehr Bürokraten zu beschäftigen. Müssen wir bis in das siebzigste Lebensjahr arbeiten? Wie hoch wird die Rente? Wer soll die vielen Alten pflegen? Werden wir noch einen Laden im Dorf haben? Wie geht es mit den Winrädern weiter? Was macht das Flugwesen in Finow? Gibt es eine Abstimmung zur Europäischen Verfassung? Sind die Minister bestechlich? Seigen die Abwassergebühren?

Fragen über Fragen. Jeder kennt noch mehr ungelöste Probleme. Und keiner weiß die Antworten. Manche sind so heiß, wie die Luft in den Hundstagen. Es will sich wohl kein Kandidat die Finger verbrennen? Warum spricht man nicht über die Probleme? Ob die eigentlich einen Plan haben? Kennt Jemand den Weg aus der Misere? Oder müssen wir uns alle ändern?

Wehe den Siegern der Landtagswahl! Die müssen die Antworten geben und auch dafür grade stehen. Dank der vielen Wahlplakate sind sie allen bekannt und können sich nicht verstecken. Auch wir werden einige Fragen stellen. Der eine oder andere Autor hat sogar eine Meinung. Jawohl, eine eigene Meinung, die er sogar formulieren und aufschreiben kann.

Wir sind doch nicht blöd!

Dr. MANFRED PFAFF

Zweckverband Flugplatz Finow

## Konstituiert und aufgelöst

**Finow(bbp).** Trotz Ferien und schönstem Sommerwetter gelang diesmal, was ein Dreivierteljahr wegen diverser Widrigkeiten immer wieder aufgeschoben werden mußte. Diesmal waren alle Vertreter anwesend und die konstituierende Zweckverbandsversammlung konnte stattfinden. Lediglich Verbandsvorsteher Reinhard Schulz schickte wegen dringender anderer Verpflichtungen seinen Stellvertreter Lutz Landmann. Neben Formalien wie der Wahl der Verbandsversammlungsleitung stand nur ein einziger Beschlußvorschlag auf der Tagesordnung. Die Auflösung des Zweckverbandes. Sowohl von der StVV Eberswalde als auch von der Gemeindevertretung Schorfheide lagen klare Weisungen vor, wie abzustimmen sei. Eine Formalität, die dann auch ohne weitere Diskussion über die Bühne ging. Zuvor jedoch brachte die Eberswalder BKB-Vertreterin Dr. Christiane Martens den als Versammlungsleiter fungierenden StVV-Alterspräsidenten Dr. Siegfried Adler in die Bredouille, als sie bei der Feststellung der Tagesordnung nach dem

Jahresabschluß 2003 fragte. Dieser liege vor, half der mit im Präsidium sitzende Beteiligungsreferent der Stadtverwaltung Robby Segebarth dem Vorsitzenden aus der Patsche. Wegen Geringfügigkeit habe man aber auf eine Vorlage in der Verbandsversammlung verzichtet. Dies könne aber durchaus auf einer weiteren Sitzung nachgeholt werden. »Ich stelle fest«, ließ Dr. Martens ins Protokoll schreiben, »daß die Hausaufgaben seitens des Verbandsvorstandes nicht gemacht wurden«. Meinungsverschiedenheiten darüber, ob denn nun bei bestimmten Fragen die einzelnen Vertreter Stimmrecht hätten oder ob es generell nur die beiden Stimmen der Verbandsmitglieder Eberswalde und Schorfheide gebe, wurden letztlich nicht ausdiskutiert. Im Grunde waren sich alle der Lächerlichkeit der Prozedur bewußt und folgten schließlich der Aufforderung des Schorfheider Vertreters Uwe Schoknecht, doch nach einem langen Arbeitstag und angesichts des schönen Wetters die Farce nicht übermäßig in die Länge zu ziehen.

## Bau & Arbeit

Der Landkreis Barnim stellt unserem Verein in diesem Jahr finanzielle Mittel für den Anschluß an das öffentliche Trinkwassernetz zur Verfügung. Und wir werden uns eine neue Sammelgrube für unser Abwasser graben. Los geht es nach der Sommerpause, Anfang Oktober wird eine Firma für uns auf dem Gelände des benachbarten Familiengartens tätig.

An alle Nutzerinnen und Nutzer ergeht der Aufruf, Schippen zu sammeln, Spaten mit neuen Stielen zu versehen und im September/Oktober mitzubuddeln.

Demnächst stellen wir auf unserer Internetseite ([www.eisenspalterei.de](http://www.eisenspalterei.de)) das Sanierungskonzept vor, daß im Rahmen eines Bauantrages/Umnutzungsantrages von uns erarbeitet wurde. Dieser wurde von der EU im Rahmen von »Projekten zur Erhaltung der Stätten der nationalsozialistischen Konzentrationslager als historische Gedenkstätten« gefördert. Danke nach Brüssel also!

Daß viele von uns ein Einkommen benötigen und dazu auch eine Erwerbsarbeit in Kauf nehmen würden, haben wir nicht vergessen. Die Baracken sind ein Teil unserer gemeinsamen Zukunft in der Stadt (ohne, mit und neben der Arbeit) und auch eine Chance etwas zu vollbringen, was sinnvoll ist und Spaß bereitet.

Jugend- und Kulturverein EXIL e.V.

## BBG und Schwarzfahrer

**Eberswalde (bbp).** Sieben Prozent beträgt nach Angaben der Barnimer Busgesellschaft (BBG) der Anteil der Schwarzfahrer im Eberswalder Stadtverkehr. In den Vorabendstunden liege dieser Anteil sogar bei mehr als 30 Prozent. Die BBG errechnet daraus Einnahmeverluste von 6000 Euro pro Monat bzw. 72.000 Euro pro Jahr. Um den Schwarzfahrern Paroli zu bieten, will die BBG nun im Eberswalder Stadtverkehr das im Regionalverkehr übliche Verfahren einführen, daß der Einstieg aller Fahrgäste nur noch an der ersten Tür – direkt beim Fahrer – erfolgt. Dort muß der Fahrgast seinen Fahrausweis vorzeigen bzw. einen Fahrschein lösen. Angesichts des zu erwartenden Eisenbahnbrücken-Dauerstaus, werden die durch das neue Verfahren verursachten längeren Wartezeiten beim Einsteigen kaum zur Verlängerung der Gesamtfahrzeit beitragen.

## Sicherheitstraining

**Britz (bbg/bbp).** Auch in diesem Jahr führt die Barnimer Busgesellschaft (BBG) in Zusammenarbeit mit der Polizei wieder ein Bus-sicherheitstraining für alle Erstklässler in den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland durch. Das Auftakttraining fand am 10. August in der Gesamtschule mit Grundschulanteil in Britz statt.

### ZITAT DES MONATS

ICH KANN FREILICH NICHT SAGEN, OB ES BESSER WERDEN WIRD, WENN ES ANDERS WIRD. ABER SOVIEL KANN ICH SAGEN, ES MUß ANDERS WERDEN, WENN ES GUT WERDEN SOLL.

G.C. Lichtenberg

## Was wäre – wenn Markus Meckel den Groschen gefunden hätte?

von Dr. Mathias Wedel

Ich ging zum Bibelgespräch (gar nicht übel, wo das Helle in der Kneipe so teuer ist). Die Worte hallten durch den Saal der Eberswalder Protestanten, in einem altgewordenen Neubaugebiet, das die Leute noch immer »Reimannviertel« nennen (nach einem deutschen Kommunisten), obwohl es seit langem viel besser heißt. Es ging um das Gleichnis vom verlorenen Groschen: Eine Witwe hat 10 Silbergroschen, verliert einen, macht ein Licht an, findet ihn wieder. Halleluja!

Das paßte auf gar nichts. Der fettsträhnige hauseigene Pfarrer, in einem höllisch riechenden Tshirt, versuchte grinsend, händeknetend, und kalauernd, das Gleichnis für uns etwa zwanzig Bibelexegeten passend zu machen. Wir saßen mit Markus Meckel – letzter DDR-Außenminister und fortan eingewachsen auf der SPD-Hinterbank – im Kreise und nippten am Orangensaft.

Dann sprach Meckel aus seinem Barte. Das Gleichnis gebe wohl zu denken: »Ein Licht anzünden! Veränderung beginnt in den Köpfen«, salbte er. Aber der Mammon, und so! Und gleichniste gleich selber: Als er, Meckel, gerade in sein Bonner Abgeordnetenbüro eingezogen war, war ein Herr von Pharmaindustrie gekommen um ihn zu bestechen. Er aber habe widerstanden, wie er »schon der Stasi widerstanden« hat, die versucht habe, ihn »zu kaufen«. Der Meckel ist, wisset!, ein Widerständischer. Dann sagte er noch, Abgeordnete hätten »nicht immer eine Ahnung von dem, worüber sie abstimmen«. Ein kleiner Mann rief schrill: »Wir müssen wieder an Gott glauben!« Und ein ansässiger Schornsteinfegermeister sagte etwas im Namen des Mittelstands.

Nun begann Meckel, durch Nicken seines Referenten beflügelt, uns die Hucke vollzulügen. Die demografische Pyramide – die sei das Übel Nummer eins! Und daß sie »kopfsteht«. Das müßten die Rentner nun ausbaden, auch

die Witwen, und mancher Groschen würde ihnen am Euro fehlen. Und dann das Arbeitslosengeld, das sei das Übel Nummer zwei! Es verleite die Menschen zur Faulheit und müsse »abgeschmolzen« werden. Und ist nicht auch die Witwe »aktiv geworden«? Das dürfe man wohl also verlangen!

»Wir müssen wieder an Gott glauben«, schrillte der kleine Mann und in die Stille hinein begann eine Frau zu weinen. Sie frage sich, sagte sie, wie sie die Kinder ernähren und kleiden solle, wenn jetzt das Arbeitslosengeld gekürzt werde. »Denken Sie an die Witwe im Gleichnis«, rief der fettsträhnige Pfarrer frohgelaut.

Ich aber sprach und sagte zu der Frau, und meine Worte, wiewohl ich mich verhielt, hallten sakral: »Frau, das müssen Sie nicht sich – das müssen Sie den da fragen!«. Mein erigierter Finger wies auf Meckels Weichkörper. Von nun an schrie ich ihn ausführlich an, was für ein verlogener, kaltschnäuziger Hund er sei, eben ein Sozialdemokrat – und er japste und schnaufte zurück, wurde feucht unter den Armen und der Speichel trat ihm in die Mundwinkel. Es röhrte, schnaufte und raunzte im Kirchenrund.

Sein letztes Wort an mich war: »Sie wollen doch nur den Sozialismus wiederhaben«. Oh, armer Knecht Gottes! Mein letztes Wort an ihn war eigentlich eine Chance: Er solle doch, bitteschön, in einem Satz benennen, was er für Brandenburger Arbeitslose tue. Da sprang er auf, ruderte mit den Armen, blitzte und fauchte verbat sich die Provokation und machte sich männiglich ins Beinkleid, wie mir schien.

Der Fetthaarpfarrer freute sich auf das nächste Bibelgespräch mit Meckel. Er solle bitte wieder kommen. »Aber nicht mehr als Abgeordneter«, sagte die Frau, die vorhin geweint hatte. Sie hatte ein Licht angezündet. Und der Groschen war gefallen. Halleluja!

## „Das KZ Außenlager kaufen“

Unser Verein ist Teil des alternativen Kulturbetriebs in der Stadt und nutzt die Geschichte des von ihm gewählten Ortes, um auf Rassismus und Rechtsextremismus in Vergangenheit und Gegenwart aufmerksam zu machen. Insbesondere erhalten wir einen authentischen Ort der Verbrechen des Nationalsozialismus und bewahren das Andenken der Opfer.

Mitmachen und so bestimmen was passieren soll, das ist unsere Aufforderung an alle jungen Menschen in Eberswalde und Umgebung. Antifaschistisches Engagement findet bei uns viele Bezugspunkte. Öffentlichkeit benötigt nicht-kommerzialisierte Räume. Arbeit, Zukunft, Fa-

milie sind Themen, zu denen auch wir etwas zu sagen haben. Um langfristig die Existenz des Ortes zu sichern, wollen wir ihn kaufen. Gemeinsam mit der Barnim Uckermark Stiftung (BUS) haben wir eine Spendenkampagne »KZ Außenlager kaufen« aufgelegt. Die BUS ist eine regionale Stiftung, die Bürgerinnen und Bürger unterstützt, die in ihr Lebensfeld selbstgestaltend eingreifen. Spenden sind unter Angabe des Verwendungszweckes auf das Konto der Barnim Uckermark Stiftung bei der Volksbank Uckermark eG Kto-Nr. 160 598 867 BLZ 150 917 04 möglich.

Jugend- und Kulturverein Exil e.V.

## Kinderspielplatz Lindenstraße

**Finow (at).** Ende vorigen Jahres trugen drei Mädchen aus dem Wohngebiet Lindenstraße/Heinrich-Rau-Straße anlässlich der ersten Sprechstunde des neu gewählten Ortsbürgermeisters die Bitte vor, einen Kinderspielplatz für dieses Wohngebiet zu schaffen. Angeregt waren sie dadurch, daß 2003 ein Spielplatz in der Wolfswinkler Straße geschaffen worden war. Zugleich überreichten sie dafür 103 Unterstützerunterschriften. Dieses Anliegen trug der Ortsbürgermeister an die verschiedenen Stellen der Stadt heran. Als Ort für den Spielplatz bot sich ein Teil des Garagenkomplexes an der Ahornstraße an. Teile des Garagenkomplexes waren schon vor einigen Jahren abgerissen worden. Ein weiterer Teil befand sich in einem erbarmungswürdigen Zustand, viele Garagen sind ohne Tore und voller Müll (in den letzten Wochen wieder beräumt worden), die wenigsten Garagen sind noch in Nutzung. Mit den verbliebenen Nutzern wurden Gespräche geführt und Zustimmung für einen Abriß erreicht, wenn die Garagenbesitzer dafür eine Ersatzgarage in einem anderen Komplex, oder eine Entschädigung erhalten. Verschiedene Spielgeräte könnten von nicht mehr genutzten Spielplätzen umgesetzt werden.

Zum Ziel führten die Bemühungen bislang noch nicht. Die Stadt sieht sich (lt. Schreiben vom 12. Mai 2004) vor Probleme gestellt, wenn sie (für weniger als ein Dutzend) Garagen eine Entschädigung zahlen soll, weil sie dann auch noch die Abrißkosten zu tragen hat. Vor allem aber wären erhebliche Kosten für die Beseitigung von Altlasten erforderlich, um Gesundheitsgefährdungen für spielende Kinder zu vermeiden. Andere mögliche Standorte für einen Spielplatz sieht die Stadt nicht.

## Sommerfest in Finow



**Finow (at).** Nach den großen Festlichkeiten im Zusammenhang mit der 750-Jahrfeier fand am 20. Juni, von den Medien unbeachtet, in Finow ein Sommerfest auf dem Schul- und Kirchengelände statt. Die evangelischen Kirchgemeinde und die Finower Schule hatten das Fest gemeinsam organisiert. Bei bestem Wetter wurde ein umfangreiches Programm von kulturellen Veranstaltungen, Sport und Spiel geboten. Den Abschluß bildete ein Konzert des Schulchores in der voll besetzten Finower Kirche.

## »Vieles ist erreicht«

SPD-Kandidat Peter Kikow stellt sich vor

**Eberswalde (spd/bbp).** »Vieles ist in Eberswalde bereits erreicht worden, aber einiges gilt es mit Hilfe der Landesregierung noch zu verbessern oder zu schaffen.« Mit dieser Botschaft stellt sich am 13. August der SPD-Direktkandidat für den Landtagswahlkreis 13 (Eberswalde, Schorfheide, Joachimsthal) Peter Kikow den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern vor. Von 16 bis 18 Uhr will Kikow vor dem Einkaufszentrum »Heidewald« im Brandenburgischen Viertel über eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden, der Sicherung der lokalen medizinischen und altersgerechten Versorgung, der stärkeren Förderung von Bildung und Ausbildung und vieles mehr reden. Peter Kikow, der bereits von 1994 bis 1998 im Landtag saß und das Direktmandat 1998 an Heinz Dobberstein (PDS) verlor, plant weitere Gesprächsrunden in Eberswalde, Finow und in den Nachbargemeinden.

## Grünes Eis

**Eberswalde (b90/bbp).** Mit grünem Eis überraschte der bündnisgrüne Spitzenkandidat für die Landtagswahl Wolfgang Wieland am 7. August vor der Eberswalder Rathauspassage die Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam mit der Direktkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis 13, Uta Leichsenring, stand Wieland den Bürgern Rede und Antwort. »Lieber Eis am Stiel als Dreck am Stecken« ist das Motto der bündnisgrünen Infotour. »Damit wollen wir neben eigenen politischen Inhalten«, so der Geschäftsführer der Barnimer Bündnisgrünen Thorsten Kleinteich, »auch auf die Skandale der roten und rot-schwarzen Regierungen der vergangenen Jahre hinweisen«. Außer dem grünen Eis verteilten die Landtagskandidaten eine Chronik dieser Skandale.

## Wo drückt Sie der Schuh?

Seit drei Jahren gehört zum Barnimer Sommer dieses Bild: Zwei Frauen stellen an verschiedenen Orten und Plätzen einen alten Klappstisch auf, rücken Stühle heran, decken ein mit Kaffeetassen und Keksdose. Sie halten »Sprechstunde unter freiem Himmel«. Im lockeren Gespräch geht's dabei um Alltagsprobleme genau so wie um Fragen der großen Politik. Jedermann ist willkommen. Die Landtagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann und die Kreistagsfraktionsvorsitzende Margitta Mächtig (beide PDS) stehen Rede und Antwort, sind offen für Anregungen für eine bessere Politik. Ab dem 20. Juli war es wieder so. Nach dem Sprechstunden-Auftakt auf dem Bernauer Marktplatz ging es bis zum 30. Juli durch den ganzen Landkreis. Stationen waren u.a. Joachimsthal, Altenhof, Groß Schönebeck, Eichhorst, Ziethen, Parlow-Glambeck und Eberswalde.

Dr. MANFRED KLAUS

## »Ein herausragendes Beispiel«

Besuch beim Integrationsprojekt des ABB am Werbellinsee

**Altenhof (b90/bbp).** Am 4. August waren die Bundestagsabgeordnete und Brandenburger Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für die Landtagswahl, Cornelia Behm, sowie die ehemalige Polizeipräsidentin und Direktkandidatin der Bündnisgrünen im Wahlkreis 13, Uta Leichsenring, bei der Integrationsfreizeit des Allgemeinen Behindertenverbandes Land Brandenburg e. V. (ABB) am Werbellinsee zu Gast. Sie besuchten die Teilnehmergruppen und informierten sich über die Arbeit des Verbandes sowie den Verlauf des Projektes. Darüber hinaus fand ein gemeinsames Mittagessen statt.

Die Integrationsfreizeit findet in diesem Sommer zum 14. Mal statt. 240 Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung verbrachten im Juli/August in der ehemaligen Pionierrepublik am Werbellinsee ihre Ferientage. Unter der Leitung von Uta Kroop engagierten sich 50 Ehrenamtliche für das Gelingen des Projektes.

Cornelia Behm: »Diese Arbeit ist ein herausragendes Beispiel für gesellschaftliches Engagement und aufopferungsvolle Hilfe. Den Kindern und Jugendlichen wird die wunderbare Chance geboten, herrliche Ferientage mit



unvergesslichen Eindrücken und Erlebnissen zu verbringen. Die Veranstalter setzen ein wichtiges Zeichen gegen die Ausgrenzung der sozial Schwächsten und leiten zu Hilfsbereitschaft und sozialer Verantwortung an. Die Projekte des ABB stellen für Brandenburg einen wichtigen Beitrag zur Integration behinderter Menschen dar. Sie helfen uns, gegen Ausgrenzung und soziale Kälte im Alltag aktiv zu werden.«

Zum Abschluß des Besuches traten Cornelia Behm und Uta Leichsenring dem Freundeskreis der Integrationsfreizeiten bei, um mit ihrem Jahresbeitrag die Fortführung dieses Projektes auch langfristig zu unterstützen.

Die Allianz freier Wähler (AfW):

## Zur Landtagswahl gut gerüstet

Mit der Allianz freier Wähler treten in diesem Jahr rund 80 hinter ihr stehende Bürgerinitiativen aus allen Landesteilen Brandenburgs zur Landtagswahl an. Die freien Wähler sind damit so stark, wie sie bislang noch nie waren. Dabei hält der Zustrom von Bürgerinitiativen, die die AfW im Landtagswahlkampf unterstützen wollen, an.

Die politische Kraft der Allianz freier Wähler zeigt sich auch darin, daß sie nicht nur mit Landesliste, sondern auch mit Direktkandidaten in 39 der 44 Wahlkreise antritt. Somit ist die AfW unter den Nichtetablierten die stärkste politische Gruppierung.

Der Vorteil ist dabei für die Bürger, daß die AfW auch Themen anspricht, die von den etablierten Parteien entweder gar nicht, unvollständig oder falsch dargestellt werden. Beispiele hierfür bietet die Wasser-/Abwasserproblematik, wo unter dem unheilvollen Wirken der etablierten Parteien überschuldete Wasserverbände entstanden, die unökologischste und teuerste Aufbereitungstechnologie für die ländlichen Bereiche als die günstige Variante den Kommunen und Bürgern aufgeschwatzt wurde und wird, dem Bürger extreme Wasserkosten zugemutet werden und moderne, ökologische und ökonomisch sinnvolle Abwasserlösungen sogar mit Polizeigewalt verhindert werden. Andere Beispiele sind das »Schorn-

steinfegermonopol« oder die Forderung nach dauerhaft rechtlicher Gleichstellung der Handwerker mit den Freiberuflern.



Die AfW kann sich dabei auf die erreichten Erfolge von Bürgerinitiativen zur Wahrung der Bürgerrechte stützen, wie etwa die vielen hunderte gewonnenen Prozesse vor den Verwaltungsgerichten. Solche Erfolge zeigen die Berechtigung der Wahllosung der AfW: Bürger für Bürger!

Die Bürgerinitiativen vor Ort, die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e. V. (BKB) und die Freien Wähler, nehmen in der AfW einen bedeutenden Platz ein. Sie besetzen mit ihren Direktkandidaten fünf Wahlkreise: 9 (Peter Spangenberg), 13 (Johannes Madeja), 14 (Rolf Zimmermann), 15 (Günther Spangenberg) und 33 (Dieter Lehmann).

Mit dem Antritt zur Landtagswahl im September auf Liste 7 bietet die parteiunabhängige AfW den Bürgerinnen und Bürgern eine Alternative zu den Parteien und eine echte Chance für Brandenburg.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,  
Vorstandsmitglied der AfW

## Ein barrierefreies Land Brandenburg

*Eine Chance für unsere Region*

Unsere landschaftlich sehr schöne Region lebt überwiegend vom Tourismus. Mit einem barrierefreien Tourismus haben wir die Chance, ein hohes Stammkundenpotential zu binden. Mobilitätseingeschränkte Touristen, dazu gehören ältere Menschen sowie Familien mit kleineren Kindern, und behinderte Menschen verreisen öfter und mit einer durchschnittlichen Verweildauer von ca. 14 Tagen. Außerdem treten sie häufiger spontane Kurzreisen an. Viele dieser Reisen finden in der Vor- oder Nachsaison statt. Das bedeutet eine Verlängerung der Reisesaison und gleichzeitig einen Wirtschaftsaufschwung für die Gastronomie-

und Beherbergungsbetriebe. Bei einem familien-, senioren- und behindertengerechten Öffentlichen Personennahverkehr profitiert nicht nur der Urlaubsort davon, sondern auch die umliegenden Regionen.

Es wurde aber auch festgestellt, das ca. 40 Prozent der behinderten Menschen auf eine Reise verzichten, weil sie kein »barrierefreies Angebot« finden. Das sollten wir als Chance für unsere Region sehen.

*INGEBORG KOLODZEIKE, Althüttendorf*

(Ingeborg Kolodzeike kandidiert in aussichtsreicher Position auf der Liste der PDS für den Landtag Brandenburg)



### Zur Person: Ingeborg Kolodzeike

*Ich wurde 1952 in Erlangen geboren. Im Säuglingsalter von 4 Monaten erkrankte ich an Kinderlähmung. Von 1958 – 1969 besuchte ich die Schule mit dem Abschluss der 10. Klasse. Meine Ausbildung als Fernschreiberin konnte ich aus gesundheitlichen Gründen nicht abschließen.*

*Während meiner Tätigkeit als hydrologische Sachbearbeiterin machte ich in der Erwachsenenqualifizierung nebenberuflich eine Ausbildung als Wirtschaftskauffrau. Später arbeitete als Eingabensachbearbeiterin.*

*Ich heiratete 1970. 1971 kam meine erste Tochter und 1974 meine Zwillingmädchen zur Welt. Nach meiner Scheidung 1987 zog ich zu meinem jetzigen Ehemann nach Althüttendorf, wo ich heute noch wohne und mich sehr wohl fühle.*

*1990 war ich neben anderen, Gründungsmitglied des Behindertenverbandes Eberswalde e.V. Im Juli 1990 begann ich meine Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Eberswalde als Kommunale Behindertenbeauftragte. Meine anfängliche Einstellung, daß eine solche Stelle nur ca. ein Jahrzehnt erforderlich sein wird, muß ich mit den heutigen Erfahrungen korrigieren. Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen nimmt zu, die Probleme werden vielschichtiger und ein selbst bestimmtes Leben wird immer öfter in Frage gestellt. Aufgrund der sozialen Kälte nehmen in allen Bevölkerungsschichten psychische Erkrankungen zu.*

*Vor ca. 2 ½ Jahren faßte ich für mich den Entschluß, politisch aktiv zu werden. Da ich für mich keine Halbheiten mag, trat ich gleich in die PDS ein. Im selben Jahr bewarb ich mich erfolgreich als Mitglied für den Kreisvorstand Barnim. Ehrenamtlich bin ich Mitglied im Weißen Ring, dem Sozialverband VdK und dem Förderverein der Behindertenselfhilfe e. V.*

## Eine kompetente Ministerpräsidentin

**Eberswalde (bbp).** »Warum üben wir uns nur immer in dieser Bescheidenheit«, platzte es der Kreistagsfraktionsvorsitzenden und PDS-Direktkandidatin für den Landtagswahlkreis 13 Margitta Mächtig auf der jüngsten Mitgliederversammlung der Eberswalder PDS heraus. Eine PDS-Genossin hatte Versuche in der Kommerzpresse angesprochen, die PDS-Spitzenkandidatin für die Brandenburger Landtagswahl am 19. September Dagmar Enkelmann »zu diffamieren«.

»Wir müssen uns nicht klein machen«, sagte Margitta Mächtig. »Wenn es uns gelingt, stärkste Partei in Brandenburg zu werden, stehen wir auch in der Pflicht, Vorschläge für die Besetzung des Ministerpräsidentenamtes zu machen.« Betrachte man die Spitzenkandidaturen

der drei großen Parteien objektiv, werde ohnehin klar, daß die PDS von allen drei die kompetenteste Kandidatin zu bieten habe.

Während Matthias Platzeck (SPD) seit 1990 ausschließlich auf Landesebene tätig war und sich Jörg Schönbohm (CDU) nach seiner Militärlaufbahn auf die Innenressorts in Berlin und Brandenburg fixierte, kann Dagmar Enkelmann auf Erfahrungen in der Volkskammer der DDR (1990), im Bundestag (1990 bis 1998), im Landtag Brandenburg (seit 1999) und nicht zuletzt auf kommunaler Ebene als Stadtverordnete in Bernau (seit 1998) und als Vorsitzende des kommunalpolitischen forums verweisen. »Mit dieser Kompetenz können die Spitzenkandidaten von SPD und CDU schlicht nicht mithalten«, so Margitta Mächtig.

## Pehlitz am Parsteinersee Naturerlebnisferien

Wiedereinmal hat der BSII e.V. eines seiner Projekte erfolgreich abgeschlossen. Im Zeitraum vom 11. bis 20. Juli wurde in Pehlitz ein Programm für 17 Barnimer Kinder im Alter von 10 bis 13 Jahren erstellt, in dem neben dem trainieren sozialer Kompetenzen besonders die Erholung, das Kennenlernen der Natur vor allem aber spannende Abenteuer und jede Menge Spaß im Vordergrund standen.

Unter der Leitung von Hardy Lux und Anne-Katrin Mehlhorn organisierte das Betreuer-team unter anderem einen Expeditionstag zu Land, zu Wasser, im Wald und auf der Wiese. Ferner spannende Ausflüge in die nähere Umgebung u. a. zur Blumenberger Mühle und ins Ökodorf Brodowin.

Weiterhin standen auf dem Programm unsere »Nonsensparade«, das Neptunfest, unser lustiges Bergfest, die abenteuerliche Überquerung des Parsteinersees mit unseren Schlauchbooten, viele Spiele an Land und im Wasser und nicht zu vergessen die Nachtwanderung, die einigen bestimmt noch eine Weile in Erinnerung bleiben wird.

Stolz sind wir darauf, daß alle notwendigen Dinge unseres Zusammenlebens, angefangen vom Essen zubereiten, abwaschen, Lager und Toiletten reinigen, bis hin zum Holz fürs Lagerfeuer sammeln, gemeinsam organisiert wurden. Teamarbeit stand dabei im Vordergrund aber auch, daß gelernt wurde mitzuentcheiden, wie die Zeit im Ferienlager gestaltet werden sollte.

Trotz des starken Wetterwandels gelang es dem Betreuer-team den Teilnehmern ein abwechslungsreiches Programm zu gestalten. Die finanzielle Förderung und die damit verbundene erfolgreiche Durchführung des Projektes übernahmen der Landkreis Barnim und die Stadt Eberswalde. Besonderer Dank gilt unseren Sponsoren und Helfern Märkisch Edel, dem Baubetriebsamt der Stadt Eberswalde, dem THW Eberswalde, den Rettungsschwimmern Thomas Golawski und Anja Litka vom DRK Kreisverband Uckermark West und Frau Spalier vom Amt Britz/Chorin.

Da wir zwei Wochen die Schönheit des ehemaligen RAW-Ferienlagers genossen haben würden wir uns freuen, wenn es gelingen würde, das Objekt dauerhaft für solch eine Nutzung zu erhalten, um auch in Zukunft besonders Kindern aus einkommensschwachen Familien ein paar schöne Ferientage zu ermöglichen.

*BEATRICE RÖGLIN, BSII e.V.*

### Beratung für Kriegsdienstverweigerer

*mit Thomas Lehmann*

im Begegnungszentrum  
»Wege zur Gewaltfreiheit«

16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

## Besuch aus Iwanowo

**Eberswalde (prest-ew/bbp).** Seit der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl gibt es Kontakte zwischen Eberswalde und Belorußland. Damals kamen erkrankte Kinder zur Erholung in den Landkreis Barnim. Diese Beziehungen sind nie abgebrochen. Seit Jahren unterstützt das »Komitee für humanitäre Hilfe in Belarus« die belorussische Stadt Iwanowo durch unterschiedlichste Aktionen. Die Hilfsbereitschaft weitet sich von Jahr zu Jahr durch das immer größer werdende ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern aus. An der Spitze das Technische Hilfswerk Eberswalde und der Kirchenkreis Barnim. Die Initiative genießt deutschlandweit einen sehr guten Ruf.

Am 31. Juli startete der jüngste Transport mit gespendeten Hilfsgütern nach Iwanowo. Darunter 2,5 Tonnen bei der Bundeswehr ausgerangiertes Sanitätsmaterial und 7 Europaletten mit Kopier- und Hygienepapier der Firma »Zellstoff und Papier Handelsgesellschaft«.

Zuvor konnten der Organisatoren hier in Eberswalde Gäste aus Iwanowo empfangen, die sich eine Woche lang hier informierten, Kontakte knüpften und vor allem die Stadt und ihre Leute kennen lernen wollten, die ihnen die so notwendige Unterstützung gewähren. Bürgermeister Reinhard Schulz empfing die Gäste im Rathaus. Alle stellten sich selbst in dieser Runde vor und sagten auch etwas zu ihren persönlichen Lebensweg. Ihr Dank ging an die Stadt Eberswalde und den Bürgermeister für die Hilfeleistungen. Diese wurden ihnen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten weiterhin zugesagt. Bürgermeister Schulz wünschte den Gästen einen erlebnisreichen Aufenthalt und alles Gute für eine positive Entwicklung ihrer Heimatstadt Iwanowo.

## Leitbild-Diskussion

**Eberswalde (dm).** Der Agenda-Beirat der Stadt Eberswalde beriet auf der Grundlage der Ergebnisse einer von der Stadtverwaltung durchgeführten Umfrage zum Erfüllungsstand des Leitbilds der Stadt von 1997 über das weitere Verfahren »Leitbildentwicklung«. Bis zum September 2004 sollen auf der Basis der Umfrage-Ergebnisse Schwerpunkte für das künftige Leitbild vorgeschlagen werden.

## »Weiche« Standortfaktoren

**Eberswalde (bbp).** Auf Initiative der Mitglieder des städtischen Ausschusses für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales Hardy Lux (SPD) und Dieter Müller (PDS) befaßte sich während der Sommermonate eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit Zielen und Bedingungen für die weitere Entwicklung »weicher Standortfaktoren« in der Stadt Eberswalde. Angestrebt wird, bis zur Haushaltsdiskussion 2005 Leitlinien für die Prioritätensetzung im Bereich der »freiwilligen Aufgaben« zu formulieren.

## Obdachlosigkeit rückläufig?

Obdachlosenzahl deutlich gesunken, titelt am 24. Juni die lokale Tageszeitung. Offensichtlich basierte die Meldung auf Informationen aus der Stadtverwaltung, wie sie am 22. Juni auch dem zuständigen städtischen Ausschuß gegeben wurde. Dort stieß die »positive« Meldung der Verwaltung aber nicht auf ungeteilte Zustimmung.

»Es ist ausreichend Wohnraum vorhanden. Die Familien müssen nicht mehr in Heimen untergebracht werden. Die Schließung des Obdachlosenheimes im April 2003 hat keine negativen Auswirkungen auf die Unterbringung der in Wohnungsnot geratenen Personen gebracht«, so wird Thomas Holzauer, Leiter der städtischen Ordnungsabteilung, zitiert. Im Ausschuß erklärte Holzauer, daß sich seit 2001 kein durchreisender Obdachloser mehr gemeldet habe, weil die Abstimmung zwischen den Sozialämtern über die Zahlung der Tagessätze an Obdachlose verhindere, daß Obdachlose in benachbarten Städten zweimal den Tagessatz abfaßten. Der Ortswechsel lohne sich daher nicht mehr.

Dem widersprach eine sachkundige Einwohnerin ganz heftig, die wußte, daß sich in der Suppenküche wiederholt durchreisende Obdachlose meldeten. Auf ausdrückliche Nachfrage, wohin man denn Obdachlose bei Quartiersuche außerhalb der Arbeitszeit der Verwaltung verweisen könne, erklärte Holzauer, daß sich die Betreffenden an die Polizei wenden müßten. Die Polizei würde dann das weitere mit der Stadt besprechen. Nicht gerade sehr einladend für einen Obdachlosen.

Von einem Ausschußmitglied wurde die Praxis der Stadt im Umgang mit Obdachlosen als Verdrängungstaktik bezeichnet. Dafür spräche u.a. eine Unterbringung von alleinstehenden männlichen Obdachlosen in Groß-Schönebeck.

Kritisiert wurde im Ausschuß auch, daß den Obdachlosen Zuwendung und Hilfe fehle. Die Stadt sieht sich hier nicht in der Verantwortung, denn sie wäre nur für das »Dach über dem Kopf« verantwortlich. Die soziale Betreuung sei Sache des Landkreises. Dafür habe die Stadt kein Geld.

Sicher ist es positiv, wenn die Vermieter erkannt haben, daß ein teilweiser Mietverzicht wirtschaftlicher ist, als ein Rausschmiß aus der Wohnung. Es bleibt aber die Tatsache, daß von Obdachlosigkeit bedrohte Mieter nicht die volle Miete und die Betriebskosten aufbringen können.

Alles in allem – kein Grund zur Freude bei der Entwicklung der Obdachlosenzahlen. Bei der »Erfolgsbilanz« ist eher der Wunsch der Vater des Gedankens. Tatsächlich sind die zur Obdachlosigkeit führenden Probleme nicht ausgeräumt und werden mit Sicherheit auch in Eberswalde angesichts des Sozialkahlschlags noch zunehmen. Auch wenn die Probleme nicht durch die Stadt selbst verursacht sind, sollte mehr über Hilfe für die Obdachlosen der Stadt nachgedacht werden. Die politischen Kräfte von Eberswalde agieren (zumeist) auch auf Landes- und Bundesebene, und vor allem dort muß Abhilfe geschaffen werden!

ALBRECHT TRILLER

## Arbeitskreis Graffiti konstituiert

**Eberswalde (bbp).** Im Zusammenhang mit dem von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde mit 18 gegen 11 Stimmen abgelehnten CDU-Vorschlag zum Erlaß einer Graffiti-Verordnung, hatte der Hauptausschuß die Einrichtung eines Arbeitskreises zu einem koordinierten Vorgehen gegen das »massenhaft auftretende Phänomen Graffiti in der Stadt Eberswalde« beschlossen. Beispiele anderer Städte würden zeigen, daß bei einem gemeinsamen und koordinierten Vorgehen unterschiedlicher Institutionen Erfolge erzielt werden können.

In einer jetzt veröffentlichten Mitteilung der Pressestelle der Eberswalder Stadtverwaltung heißt es: »In Anbetracht der Vielzahl verunstalteter Fassaden im Stadtgebiet, die den nachhaltigen und kostenträchtigen Bemühungen einer Vielzahl privater und öffentlicher Bauherren zuwiderlaufen, will die Stadt Zeichen setzen und zu einer Umkehr dieser Entwicklung ansetzen.«

Bürgermeister Reinhard Schulz habe deshalb für den 12. August zur konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises eingeladen Alle

Fractionen der Stadtverordnetenversammlung, der Bundesgrenzschutz, die Wohnungsbaugesellschaften, das Polizeipräsidium, die Sachjustizbehörden, die Barnimer Busgesellschaft, die Maler- und Lackiererinne sowie den Verein der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer wurden angesprochen.

»Bei der ersten Zusammenkunft«, heißt es, »soll ohne feste Tagesordnung eine kurze Darstellung zum Thema aus Sicht der Teilnehmer erfolgen.« Zur Information hat die Stadtverwaltung der Einladung eine Broschüre der Feuersozietät-Öffentliche Leben unter dem Titel »Graffiti - Jugendkult oder Sachbeschädigung« beigefügt.

Sehr detaillierte Informationen zum Thema Graffiti verbunden mit einer umfassenden Darstellung eines Ordnungspartnerschaftsprojektes in der Stadt Münster (Nordrhein-Westfalen) seien im Internet unter der Adresse www.graffiti-muenster.de erhältlich. »Bürgermeister Schulz hofft auf eine rege Beteiligung und eine erfolgreiche Zusammenarbeit«, so abschließend die Pressemitteilung der Stadtverwaltung.

# Warum geht kein Aufschrei durch die Republik?

Warum lassen wir uns Diebstahl und Lüge gefallen? Millionen von Menschen werden bestohlen und betrogen. Unsere Bundesregierung, die ehemaligen Sozialdemokraten und die ehemaligen UmweltschützerInnen ziehen das Geld aus den Taschen derer, die ohnehin schon wenig haben – aber lassen wir uns nicht täuschen: es trifft uns alle. Wir alle sollen in Angst und Schrecken versetzt werden. Vor lauter Angst um ihren Arbeitsplatz schweigen die, die noch einen haben und sei er noch so würdelos. Vor lauter Schrecken und Scham schweigen die, die keinen mehr haben. Und genau das ist es, womit unsere politische Kaste rechnet. Womit Schröder & Co. aber auch Merkel und Westerwelle rechnen: mit Schweigen. Überall, aus Angst und Scham. Und sollte sich doch ein kleines Stimmchen erdreisten, wird es sofort mundtod gemacht mit Versprechungen, die nicht einmal das Papier wert sind auf dem sie stehen. Arbeitsplatzgarantie! Man könnte lachen wenn es nicht so traurig wäre.

Das ist es, was die Damen und Herren, die BetreiberInnen der weltweiten Einheitspolitik wollen – wir sollen traurig, ängstlich, entrechtet und würdelos schweigen. So wie die meisten Menschen in der einen Welt. So wie die ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter in China, in Mexiko, in Polen, in allen Arbeitslagern dieser Welt, arbeiten und schweigen. So wie die wachsende Menge der Menschen, die keine sichere Existenz mehr haben, vegetieren und schweigen.

**Warum geht kein Aufschrei durch die Republik, durch Europa, durch die ganze Welt?**

Es ist als wäre die Welt ein Supermarkt in dem die menschliche Arbeitskraft aus den Regalen geholt wird. Im Dauersonderangebot sind die Illegalen, die Flüchtlinge, die Migrantinnen, die Putzfrauen, Kindermädchen, Prostituierte, die Handwerker, die Bauarbeiter, die Müllmänner und -frauen dieser Welt. Menschliche Arbeitskraft ist eine schnell verderbliche Ware. Wir stinken schon – verfaulen auf den Ladentischen. Auf den Börsenmärkten steigen die Aktienkurse wenn die Arbeitskraft wie altes Obst entsorgt wird – stinkender Müll – der sich schämen soll...

Wir sollten unseren PolitikerInnen, den Assistenten der weltweiten Konzern-Medien-Herrschaft dankbar sein, daß sie uns so unmißverständlich vor Augen führen was uns die Kämpfe der Vergangenheit genützt haben. Sie haben uns wenig genützt und anderen geschadet. Denn alle Errungenschaften, alles Wohlergehen für einen kleinen Teil der Menschheit wird immer erkaufte um den Preis

der Ausbeutung des anderen, größeren Teil und um den Preis der Zerstörung unseres Planeten.

Vielen Dank! Wir haben das Prinzip jetzt verstanden!

**Hartz IV ist das deutsche Instrument, das Messer, die Spritze die uns zum Schweigen bringen soll.**

Wir sollen uns schämen – wir sollen vor lauter Angst um die eigene Existenz zusammen raffen was geht, sollen uns anbieten als Sonderangebot im Arbeitskraft-Supermarkt. Wer sich nicht verkauft, ist selber schuld – der und die soll sich schämen und in die Ecke stellen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich fordere euch auf verlaßt die Ecken, wehrt euch gegen die Zurichtung, wehrt euch gegen Lohnsklaverei, gegen Enteignung, wehrt euch gegen Angst und Scham – holt euch die Kraft zurück, die ihr vor 15 Jahren hattet – sagt NEIN! Die Alternativen, die wir haben, packen wir morgen an – heute tut anderes not. Heute, liebe Freundinnen und Freunde heute stehen wir zusammen und schreien unser Nein in die Welt. Es ist befreiend und es ist laut – so laut, daß es alle Menschen hören. Wir schreien gemeinsam mit allen Kämpferinnen und Kämpfern für eine bessere, für eine menschenwürdige Welt. Der Schrei erschallt von überallher aus den Urwäldern, von den Feldern, aus den Flüchtlings- und Arbeitslagern – aus allen Küchen und Schlafzimmern dieser Welt: ES REICHT!

ILONA PLATTNER, *attac Senftenberg*

(Rede auf der ersten Montagsdemo in Senftenberg am 2. August 2004)



## Forderungen contra »Hartz IV«

**Eberswalde (bbp).** Am 29. Juli trafen sich fünfzehn von »Hartz IV« Betroffene zu einer Diskussion über die »Arbeitsmarktreformen« der Bundesregierung. Die Anwesenden waren sich schnell einig über die Bewertung der »Reformen« und wollen alle Aktivitäten gegen »Hartz IV« wirksam unterstützen. Breiten Raum nahm die Frage ein, wie man auf diese zentrale Frage lokal reagieren kann. Im Ergebnis entstand die folgende Liste von Forderungen und Standpunkten, die in die Aktivitäten gegen »Hartz IV« einfließen sollen.

- Forderung nach Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Hartz-Gesetze
- Forderung an alle politischen Kräfte und Funktionsträger, die Hartz-Gesetze aufzuheben.
- Forderung an Kommunalvertretungen, eine Verschiebung von »Hartz IV« zu fordern, um Zeit für Widerstand und Überprüfung zu gewinnen.
- Aufruf an alle Bürger, keine Befürworter der Hartz-Gesetze in den Landtag zu wählen.

- Bei allen Kommunalparlamenten (Kreistag, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen) sollten kurzfristige Betroffenenbeiräte eingerichtet werden.
- Vertretungen von Betroffenen sollten sich bilden, um Betroffeneninteressen gegenüber der Agentur für Arbeit zu vertreten. Die Agentur für Arbeit soll diesen ein Mitspracherecht einräumen. In den Verwaltungsausschuß der Agentur sollten Vertreter der Betroffenen aufgenommen werden.
- Unterschiedliche Formen von Protestak-

tionen entwickeln und praktizieren.

- Entwicklung von Solidaritätsformen gegenüber Betroffenen. Keine Wohnungsräumungen zulassen. Unterstützung für Gegenwehr einzelner Betroffener. Solidaritätsfonds (bei ausschließlich ehrenamtlicher Verwaltung), Sorgentelefon, Gesprächsangebote, Qualifizierung von Betroffenen und Unterstützern zur sachkundigen Beratung Organisationsform für Solidarität finden (Solidaritätskomitee)
- Kostenpflicht für Sozialgerichte ablehnen

DGB hilft bei Anträgen

## Leichter zur Sozialhilfe

Ab dem 1. Januar 2005 gibt es nach Ablauf des Arbeitslosengeldes keine Arbeitslosenhilfe mehr, sondern das Arbeitslosengeld II (ALG II), das sich an der heutigen Sozialhilfe orientiert. Millionen von Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern bekommen in diesen Wochen Post von den Arbeitsagenturen und Sozialämtern. Verschickt wird der – mit Zusatzblättern – 16-seitige Antrag für das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II). Hilfestellung beim Ausfüllen des Antrags leistet unter anderem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Er bietet im Internet eine Broschüre zum Download, die neben Ausfülltips auch Beispielrechnungen für Betroffene aufstellt. Die Bundesagentur für Arbeit weist darauf hin, daß die Betroffenen die Anträge »möglichst frühzeitig und vollständig ausgefüllt« beim zuständigen Amt einreichen sollten.

Der DGB unterstützt das Ziel, die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen zu verbessern, lehnt aber die pauschalen Leistungskürzungen ab. Wir setzen uns weiterhin für Verbesserungen ein. Die Informations-Broschüre des DGB zum Ausfüllen des Fragebogens können Sie über unseren Online-Shop bestellen oder downloaden ([http://www.dgb.de/homepage\\_kurztexzte/broschuere\\_hartzIV.htm](http://www.dgb.de/homepage_kurztexzte/broschuere_hartzIV.htm)).

ANDREAS SULT,  
DGB Region Uckermark/Barnim

## Info-Kampagne

**Berlin (bbp).** Die Bundesregierung will den anschwellenden Anti-Hartz IV-Protesten mit einer Informationskampagne begegnen. Die verstärkte Werbung für die »Arbeitsmarktreformen« soll vor allem auf deren Notwendigkeit und Alternativlosigkeit hinweisen.

## Mehr Ich-AGs

**Berlin (eu-ew/bbp).** Mit einem Boom neuer »Ich-AGs« rechnet Frank Wießner vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das zur Bundesagentur für Arbeit gehört und auch dem Bundeswirtschaftsministerium zuarbeitet. »Allerdings weniger aus unternehmerischen Gründen, sondern vielmehr aus einer Ökonomie der Not.« Etwa 500.000 bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger würden ab Januar 2005 keine Leistungen mehr erhalten, weil entweder der Lebenspartner »zu viel« verdient oder erst Ersparnis aufgebraucht werden muß. Für diese Personengruppe käme als »Notanker« der vom Arbeitsamt im ersten Jahr mit 600 Euro geförderte Gang in die Selbständigkeit in Frage. »Das Problem besteht darin«, so Wiesner, »daß hier ein arbeitsmarktpolitisches Programm ein anderes aushebelt«. Jürgen Heike vom Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit sagt: »Das war mit Sicherheit nicht im Sinne der Erfinder. Das zeigt wieder, wie schlampig diese Gesetze vorbereitet worden sind.«

# Minister Clement hat recht!

*Man kann nicht alles beim alten lassen*

Es scheint, daß sich da die Regierenden ganz schön was eingebrockt haben. Dabei hat es durchaus etwas mit Dialektik zu tun, daß gerade eine sozialdemokratische Regierung als Schrittmacher eines rigorosen Sozialabbaus fungiert. Die jetzige »Reformpolitik« wäre unter Bundeskanzler Kohl gegen eine starke SPD-Opposition schlicht unmöglich gewesen. Doch nun sind die Dämme gebrochen. Die SPD hat ihre Schuldigkeit getan. Die Partei erodiert, denn sie hat ihre Funktion als Wächter des Sozialen in der »sozialen Marktwirtschaft« verloren.

Da die Schmutzarbeit getan ist, werden die CDU/CSU als originäre Vertreter der bundesdeutschen Monopolbourgeoisie künftig die Sache wieder selber in die Hand nehmen. Und hart durchgreifend das »Notwendige« tun, ohne seitens der SPD auch nur den Anschein einer Gegenwehr erwarten zu müssen. Parlamentarische Protestalternativen sind nicht in Sicht. Und mit der außerparlamentarischen Opposition wird man schon fertig werden.

So in etwa dürfte das Krisenbewältigungsdrehbuch der in der BRD herrschenden Klasse aussehen.

»DDR-Nostalgiker« führen oftmals ins Feld, daß der praktizierte Sozialabbau erst mit dem Ende der als Korrektiv wirkenden DDR möglich wurde. Sie haben damit recht, lassen dabei aber die Wirkungen der allgemeinen Krise der Warenproduktion außer acht, wegen der als schwächeres Glied zuerst die DDR unterging.

Eine Rückkehr zum Idyll der »sozialen Marktwirtschaft« bundesdeutscher Wirtschaftswunderjahre wird es nicht geben können. Diese »soziale Marktwirtschaft« basierte bei aller Intensivierung noch immer auf einer extensiven Erweiterung der Produktion mit der entsprechenden Einbeziehung neuer Arbeitskraft. Wegrationalisierte Arbeitsplätze fanden schnell Ersatz. Profitmaximierung und die Entwicklung des »Sozialstaates« bildeten keinen unlöslichen Widerspruch.

Die »fordistische Produktionsweise« (benannt nach der Fließbandproduktion des Autokonzerns Ford) hatte ihren Höhepunkt in den 60er Jahren erreicht. Fortan begann die intensiv erweiterte Reproduktion gegenüber der extensiven Erweiterung die Oberhand zu gewinnen. Ein Ausdruck dessen ist, daß seit den 70er Jahren die Massenarbeitslosigkeit in der BRD zur Normalität wurde. Die durch die Intensivierung der Produktion eingesparte Arbeitskraft wird nicht mehr so ohne weiteres durch extensive Erweiterungen absorbiert. Was aber zugleich das Prinzip des bisherigen »Sozialstaates« in Frage stellt, das wesentlich auf den Abgaben aus Arbeitseinkommen beruht.

Der kapitalistische Reproduktionskreislauf benötigt immer weniger Arbeitskraft. Damit wächst der Anteil jener, die für ihren Lebens-

unterhalt auf Leistungen aus den auf die Nutzung der Arbeitskraft erhobenen Sozialabgaben angewiesen sind. Was wiederum die einzelne Arbeitskraft verteuert und die Unternehmer zwecks Einsparung dieser Arbeitskraft zu neuerlicher Produktionsintensivierung treibt.

Die Automatisierung der Produktion hat aber für den Kapitalisten den Nebeneffekt, daß der Anteil des in die Produktionsmittel investierten konstanten Kapitals gegenüber dem in die Arbeitskraft investierten variablen Teil enorm zunimmt. Jedoch nur der variable Teil ist in der Lage Mehrwert und damit Profit zu erzeugen. Trotz erhöhter Mehrwertrate (die sich auf das für die Arbeitskraft aufgewandte variable Kapital bezieht) hat die Zunahme des konstanten Kapitalanteils zur Folge, daß die Profitrate selbst bei Zunahme der Profitmasse tendenziell sinkt. Dieses Problem hat Karl Marx im Dritten Band des Kapitals ausführlich behandelt und dabei auch die »entgegenwirkenden Ursachen« untersucht, wozu u.a. das »Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert« gehört, womit sich aktuell ein gehöriger Teil der Hartzschen »Arbeitsmarktreformen« beschäftigt.

Die gegenwärtigen »Reformen« werden für die nächsten Jahre die Profitraten sichern können. Das Problem an sich lösen sie nicht. Der Bedarf an lebendiger Arbeit im kapitalistischen Produktionskreislauf wird auch künftig sinken, bei steigender Güterproduktion. Die Masse der Ausgestoßenen, zur physischen und psychischen Degeneration verdammt, wird weiter zunehmen.

Der derzeit auflebende Protest gegen die »Hartz-Reformen« kommt zunächst streng konservativ daher, geht es doch um den Erhalt des bisherigen »Sozialstaates«. Insofern macht die Bemerkung des Bundeswirtschaftsministers Clement, die Proteste gegen Reformen seien deplaziert (MOZ, 7./8.8.2004), sogar einigen Sinn. Denn das bisherige System funktioniert nicht mehr. Veränderungen sind bitter nötig. Allerdings haben die »Hartz-Reformen« bei allem gegenteiligen Gerede ausschließlich das Ziel, unter Opferung des »Sozialstaates« alles beim alten zu lassen. Eine Strategie, die Chancen hat, vorübergehend aufzugehen. Das Alte läßt sich nur unter Opferung des »Sozialstaates« aufrechterhalten und noch ist der überwiegende Teil der bundesdeutschen Gesellschaft am Erhalt der alten Verhältnisse interessiert. Proteste, die nur auf den Erhalt des bisherigen »Sozialstaates« abzielen, machen kurzfristig durchaus Sinn, aber nur, wenn zugleich Perspektiven entwickelt werden, das Alte an sich zu überwinden.

Für die Diskussion, wie solche Perspektiven funktionieren könnten, wird hier immer Platz sein.

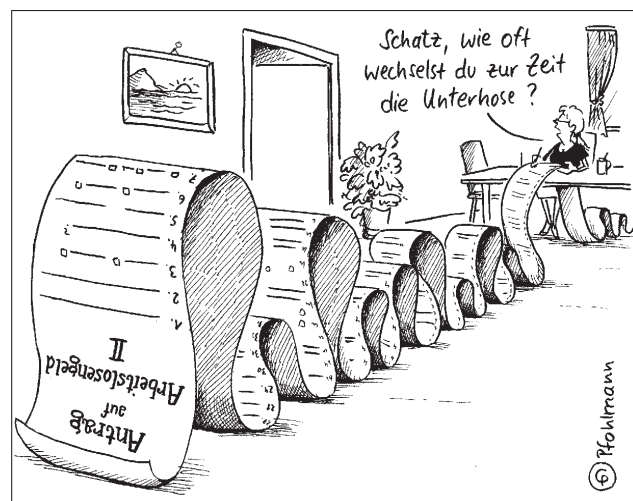
GERD MARKMANN



# Arbeitsdienst für 7000 Erwerbslose

Die MOZ vom 5.8.04 berichtete, daß die Agentur für Arbeit 7000 Erwerbslose in Beschäftigung bringen will. 7000 Erwerbslose in Beschäftigung zu bringen, das wäre tatsächlich ein hochgestecktes Ziel der Agentur für Arbeit. Der unbedarfte Leser könnte dem Artikel entnehmen, daß demnächst 7000 Erwerbslose eine Beschäftigung erhalten und aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden. Tatsächlich aber verschwinden sie nur aus der Statistik,

aber es gibt nicht mehr Arbeitsplätze. Geschaffen werden nämlich nicht neue oder zusätzliche Arbeitsplätze, sondern nur »Arbeitsgelegenheiten«. Der »feine Unterschied« besteht darin, daß für Arbeitsverhältnisse rechtliche und tarifrechtliche Bestimmungen bestehen, die gegebenenfalls auch eingeklagt werden können, während Arbeitsgelegenheiten sich im völlig rechtsfreien Raum bewegen. Kein Anspruch auf Arbeitszeitregelungen, Arbeiten auf



Abruf in beliebiger Dauer, an einem beliebigen Ort und zu beliebigen Konditionen, keine Schutzvorschriften, kein Anspruch auf Bezahlung und keine Perspektive.

Was hier auf die Betroffenen zukommt, ist ein Arbeitsdienst, eine Dienstverpflichtung ohne jegliche Rechte, mit der permanenten Drohung, daß eine Verletzung gegen die auferlegte Dienstverpflichtung mit teilweisem oder vollständigem Entzug der Lebensgrundlage verbunden ist. Mit Hartz IV wird die Rechtsposition der Erwerbs-

losen als Person demontiert. Ansprüche können nur noch gestellt werden, wenn die Arbeitsagentur die Betroffenen als vermittelbar und verfügbar klassifiziert. Dazu müssen sich die Betroffenen »Feststellungsmaßnahmen«, »Trainingsmaßnahmen« und gegebenenfalls weiteren »Therapieformen« unterwerfen. Verweigert sich der Erwerbslose dieser Behandlung, kann er keine Leistungen vom Staat erwarten. Was wird das Ergebnis des Arbeitsdienstes sein? Die Arbeitsgelegenheiten werden nicht allmählich in Arbeitsverhältnisse überführt werden. Vielmehr werden Anbieter von Arbeitsgelegenheiten danach trachten, wie sie feste Arbeitsplätze durch billigere Arbeitsgelegenheiten ersetzen. Arbeitsgelegenheiten werden mehr oder weniger dem ersten Arbeitsmarkt fehlen. Was bleibt ist die Entrechtung der Erwerbslosen, der Rausschmiß aus der Bezugsberechtigung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (mit entsprechenden »Einsparungen« im Staatshaushalt), die Etablierung eines Niedriglohnssektors mit entsprechendem Druck auf die Löhne und Tarifbindungen.

Hartz IV muß weg!

ALBRECHT TRILLER

(geschrieben als Leserbrief an die MOZ, bislang unveröffentlicht)

# Bundesverfassungsgericht stellt NS-Opfer rechtlos

Nach ihrer Landung im Sommer 1943 hatten die Alliierten bald ganz Süditalien unter ihre Kontrolle gebracht. Mussolini wurde gestürzt, die neue italienische Regierung löste das Bündnis mit Hitlerdeutschland und erklärte dem ehemaligen Verbündeten im Oktober 1943 den Krieg. Die deutsche Wehrmacht hatte jedoch inzwischen in einer Blitzaktion Italien bis südlich Rom besetzt. Etwa 650.000 ehemalige italienische Soldaten wurden als sogenannte »Militärinternierte« ins deutsche Reich verschleppt, in KZ-ähnliche Lager verbracht und zur Zwangsarbeit gezwungen.

Nicht wenige italienische Soldaten waren im Raum Eberswalde unter anderem auch im kürzlich abgerissenen »Waldlager Britz« interniert. Seit längerer Zeit kämpfen sie um eine Entschädigung. Schließlich lebten die italienischen Militärinternierten unter den gleichen Bedingungen wie die russischen und polnischen Zwangsarbeiter - hinter Stacheldraht und zur Zwangsarbeit gezwungen.

Das Bundesverfassungsgericht sprach in einer kürzlich gefällten Entscheidung über die Entschädigungsansprüche von ehemaligen italienischen NS-Zwangsarbeitern den Opfern jeglichen Entschädigungsanspruch ab (Beschluß v. 28.6.04 – 2 BvR 1379/01).

Damit setzt das oberste deutsche Gericht die bisherige Linie der deutschen Rechtsprechung fort, ausländische Opfer von NS-Verbrechen

rechtlos zu stellen.

Der Vorstand des Stiftungsfonds verweigerte der gesamten Personengruppe eine Entschädigung, weil die »Militärinternierten« Kriegsgefangene gewesen und damit nach dem Stiftungsgesetz nicht leistungsberechtigt seien. Das Bundesverfassungsgericht hält diesen Ausschluß für verfassungskonform.

Es ignoriert den Umstand, daß die Nazis selber den seinerzeit Deportierten den Status von Kriegsgefangenen verweigerten und sie als »Militärinternierte« behandeln. Der Ausschluß Kriegsgefangener aus dem Stiftungsfonds knüpft aber an deren formale Stellung an, die mit völkerrechtlich geregelten Privilegien verbunden ist. Hierzu gehören angemessene Ernährung, Kleidung, Unterbringung und grundsätzlich das Verbot von Zwangsarbeit. Die hier Betroffenen wurden aber behandelt wie KZ-Insassen, sie wurden von der NS-Führung quasi dafür bestraft, nicht mehr auf Seiten der Deutschen Krieg zu führen.

Die Behandlung der »Militärinternierten« durch die deutsche Reichsregierung stellte einen gravierenden Bruch des damals geltenden Völkerrechts dar. Es war ein Kriegsverbrechen, das zwingend entschädigt werden muß.

Das Bundesverfassungsgericht vertritt indes in seinem Beschluß die Auffassung, den Betroffenen stehe kein Schadensersatzanspruch zu, der sich aus dem Völkerrecht ergebe. Die

Haager Landkriegsordnung von 1907, so das Bundesverfassungsgericht, begründe grundsätzlich keinen individuellen Entschädigungsanspruch.

Diese Auffassung ist falsch und völkerrechtswidrig, sie widerspricht dem Wortlaut und dem Zweck dieses völkerrechtlich verbindlichen Abkommens. Das Haager Abkommen diene und dient vor allem dem Schutz der Rechte Einzelner während Krieg und Besatzung einschließlich der Möglichkeit, bei Verletzung solcher Rechte vor Gericht gehen und ggf. Schadensersatz einfordern zu können.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts verschlechtert auch die Möglichkeiten anderer Opfer von NS-Verbrechen, vor deutschen Gerichten eine Entschädigung zu erstreiten. Dies scheint beabsichtigt zu sein: Die vielen NS-Opfer, denen die Bundesregierung bis heute Entschädigung verweigert, sollen offenbar abschreckt werden.

Rechtlich haltbar ist der heutige Beschluß nicht. Er widerspricht u.a. der jüngsten Entscheidung des obersten italienischen Gerichtshofs (Kassationshof) in einem Zwangsarbeiterfall. Das Bundesverfassungsgericht hat europäisches Recht und Völkerrecht mißachtet. Jetzt werden die europäischen Gerichte zu entscheiden haben.

HOLGER KLICKE, Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde e.V. (unter Verwendung von Informationen von AK-Distimo, Hamburg)

# Leerstellen

Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) haben die Kammern seit Anfang des Jahres 18.900 »neue« Lehrstellen eingeworben. Gleichzeitig aber seien etwa 18.000 Lehrstellen durch Konkurse und aus anderen konjunkturellen Gründen weggefallen. Ein noch düsteres Bild ergibt sich nach den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Danach waren Ende Juli 75.900 offene Lehrstellen gemeldet, indes knapp 240.000 Jugendliche noch auf Lehrstellensuche sind. Die BA-Zahlen weisen zudem einen Rückgang der betrieblichen Lehrstellen von fünf Prozent auf nur noch knapp 440.000 aus. Die Zahlen der BA sprechen eine deutliche Sprache. Die Betriebe stellen immer weniger betriebliche Ausbildungsplätze bereit: Im Verlauf der letzten zwei Jahre wurden 71.393 weniger Ausbildungsstellen gemeldet. Die betriebliche Ausbildungslücke beträgt im Juli 246.281.

Für unsere Region heißt das: Im Juli 2004 treffen 3.972 Bewerber auf 1.019 betriebliche Ausbildungsstellen. Das sind 140 BewerberInnen weniger und 58 betriebliche Ausbildungsstellen mehr als im Vorjahresmonat. Insgesamt stehen 1.130 Ausbildungsstellen zur Verfügung. Es konnten 1.696 Bewerber nicht vermittelt werden. Zur Zeit liegt zusätzlich noch ein außerbetriebliches Angebot von 111 Ausbildungsplätzen vor, das die Ausbildungssituation natürlich nicht wirklich entspannen kann.

Der Ausbildungspakt, mit dem die Wirtschaft die Bundesregierung dazu brachte, die gesetzliche Ausbildungsumlage auf Eis zu legen, greift nicht! Wie in der Vergangenheit so oft stellt sich das Versprechen der Wirtschaft nach mehr Lehrstellen als ein »Leerstellenversprechen« heraus.

ANDREAS SULT, DGB Uckermark/Barnim

## Nutznießter von Hartz IV

Liebe Leser, (natürlich auch die Innen), als Opfer dieser sauzialen Marktwirtschaft und potentieller Nutznießer von Hartz IV, kann ich es nur begrüßen wenn ich dann gezwungen werde alle Tätigkeiten (auch die, welche weit unter meiner sozialen, persönlichen, geistigen und fachlichen Kompetenz liegen) anzunehmen. Würde ich auch heute schon!

Dann hätte ich vielleicht die Chance mal in irgendeiner Faultierfarm mein Geld zu verdienen. Dann wäre ich vielleicht einer von den 26 der Frau Bohle, von denen jüngst in der MOZ zu lesen war. Vielleicht kann ich dann auch Ober-Knöllchen-Verteiler werden.

Na gut, mit Steinen zu werfen, will ich mir im Moment verkneifen. Bisher hatte ich noch nicht die Möglichkeit meine fachliche und persönliche Inkompetenz (nichtmal als sozialistischer Leiter) unter Beweis zu stellen. Obwohl auch ich schon Schreibtischerfahrung vorweisen kann.

ERICH BINDIG

Landtagswahlen 19.9.2004

## Bürgerversammlung zu »Hartz IV«

**Finow (at/bbp).** In Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirchengemeinde Finow, Gewerkschaften und Betroffenenvertretern plant der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller in seinem Ortsteil eine Bürgerversammlung zum Problem »Hartz IV«. Diese Bürgerversammlung findet am 26. August um 15 Uhr in der Feuerwache in Finow, Eberswalder Straße 41a, statt. Eingeladen sind dazu die Chefin der Agentur für Arbeit, Frau Bohle, der Vorsitzende der DGB-Region Uckermark/Barnim, Olaf Himmel sowie alle Landtagskandidaten des Wahlkreises 13 (Eberswalde/Schorfheide/Joachimsthal).

Mit den sogenannten Arbeitsmarktreformen, so der Einlader, kommen erhebliche Belastungen auf die betroffenen Personengruppen zu. Angeblich solle mit diesen »Reformen« der Arbeitslosigkeit begegnet werden. Es sei aber nicht zu erkennen, daß durch diese Art Reformen Arbeitsplätze entstehen. Die »Reformen« treffen nur die Schwächsten der Gesellschaft und verschlechtern deren Lebenssituation. Erst

allmählich würden die Betroffenen begreifen, was auf sie zukommt.

Zu Beginn der Versammlung erhält Frau Bohle die Gelegenheit, sich zum Thema »Hartz IV« zu äußern. Danach wird der Vorsitzende des Regionsvorstandes des DGB, Herr Himmel, seinen Standpunkt darlegen. Die Landtagsbewerber können dann in der anschließenden Diskussion ihre Ansichten zum Thema einbringen.

Die Veranstalter gehen davon aus, daß zu dieser Versammlung vorwiegend von »Hartz IV« persönlich Betroffene erscheinen werden. Die Kandidaten, insbesondere aber ihre Wahlträger, so die Veranstalter, haben erheblichen Einfluß auf die Bundespolitik. Zudem leiten sich aus »Hartz IV« viele Aufgaben für das Land, die Landkreise und die Kommunen ab. »Die Betroffenen sollten deshalb wissen, welche Positionen die im September zur Wahl stehenden Landtagskandidaten zu diesem Thema einnehmen und was sie für die Interessen der Betroffenen tun wollen.«

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## Impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.  
**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
**telefon:** (0 33 34) 35 65 42  
**telefax:** (0 18 05) 75 111 125 96  
**e-mail:** bbp@telta.de

**bbpforum:** bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)  
**redaktion:** Gerd Markmann  
**druckerei:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00  
**redaktions-schluß:** 7. August 2004  
 Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4.9.2004, 12 Uhr.

Energiesparkontor Barnim

## Ein »Energieweg« in Eberswalde

**Eberswalde (ekb/bbp).** Die Diskussion über die neue Fassung des Projektes »BARUM 111« bildete den Schwerpunkt der letzten regulären Beratung des Energiesparkontors Barnim vor der Sommerpause. Frau Fleischmann von der Fachhochschule Eberswalde informierte darüber, daß die FH im Rahmen von BARUM 111 zahlreiche Forschungsanträge gestellt hat. Schwerpunkt sind Biomasse-Höfe in Verbindung mit dem vorhandenen Netzwerk. In Diskussion ist die Umstellung der Heizungsanlage der Fachhochschule auf Industriepelletkessel.

Zur Umsetzung von BARUM 111 werden derzeit die entsprechenden Vorlagen für die Beschlußfassung in den Kreistagen Barnim und Uckermark formuliert. Für die aktive Umsetzung soll ein Verein gegründet werden, für den die Anschubfinanzierung über die Landkreise gesichert werden soll. In der Aussprache zu diesem Thema kam zum Ausdruck, daß es unerlässlich sei, entsprechende Umsetzungsformen zu bilden. Nur mit Einzelprojekten könne die praktische Umsetzung begonnen werden. Beispiele dafür sind Themen wie die Forschungen zur Wasserstoffproduktion, mit dem

sich die Firmen REPOWER und Wasserkraft Finow beschäftigen oder weitere Projekte zur Nutzung der in der Region vorhandenen Wasserkraft. Die geplante Bürgervoltaikanlage auf dem Dach der Kita in Ostende sei technischerseits gelöst. Hauptproblem ist derzeit die Gründung einer Gesellschaft zur Vorbereitung, Investition und Betreuung, wofür eine optimale Rechtsform gefunden werden müsse. Auch eine Anschubfinanzierung für die Gründungskosten, Genehmigungsverfahren u.a. wäre zu sichern. Die Fotovoltaikanlage soll entsprechend der vorhandenen Finanzierung in Modulen aufgebaut werden. Dabei gilt zu beachten, daß mit größer werdender Anlage eine bessere Rendite zu erzielen ist.

Weitere Themen waren die Vorstellung der Aktivitäten auf dem Gut Wilmersdorf in der Region Uckermark durch Herrn Peterson. Bei dem Gut handelt es sich um einen Biomassehof. Herr Peterson bekundete sein Interesse an einer kooperativen Zusammenarbeit mit dem EKB. Prof. Haschke informierte darüber, daß die Fachhochschule derzeit mit Studenten an einem »Energieweg« für Touristen arbeitet.

## Demonstranten ernten Genkartoffeln ab

Aktionen am Gen-Kartoffelfeld von Bayer in Berge

»Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Bayer« war auf dem Transparent am Acker zu lesen. Etwa 30 Personen beteiligten sich am 24. Juli an einer Aktion gegen das Bayer Versuchsfeld in Berge (Prignitz). Aufgerufen hatte das Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik und die BUNDjugend Brandenburg. Zielsetzung der Aktion war, auf das Versuchsfeld in Berge hinzuweisen. Nachdem in Lentzke der Genversuch eingestellt wurde, befindet sich in Berge das letzte Versuchsfeld von Bayer in Brandenburg.

Nach einem gentechnikfreien, biologisch angebauten Picknick zogen die Teilnehmer in Schutzanzüge zu dem Versuchsfeld. Es stiegen gelbe Luftballons mit dem Zeichen für biologische Gefahren in die Luft. »Stellen Sie sich vor, die Luftballons wären Pollen. Hiermit spielen wir auf die absurde Diskussion um Koexistenz an. Wir wollen zeigen, daß Lebendiges sich nicht an Grenzen der Flurstücke hält«, so Thomas Janoschka vom Barnimer Bündnis gegen Gentechnik. Einigen Demonstranten gelang es trotz Polizeischutz und Absperrungen direkt an das Feld zu gelangen und dort einige Pflanzen abzuernten. Unter dem Applaus der anderen Demonstrationsteilnehmer hielten sie die Kartoffelpflanzen in die Luft. Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung wurden angekündigt.

Neben mehreren Verantwortlichen für das Feld und die Versuche war auch der örtlich zuständige Landtagsabgeordneter Robert Gemmel (SPD) anwesend. Obwohl dieser im dafür

zuständigen Agrarausschuß des Landtages sitzt, wußte er bisher nichts über die Existenz des Feldes. Erste Informationen erhielt er aus der Ankündigung für die heutigen Aktionen in der Presse. Das zeigt wieder einmal wie sehr die Gentechnikfirmen die Öffentlichkeit und die demokratischen Institutionen scheuen.

Auf dem Feld in Berge werden Kartoffeln mit einem veränderten Stärkegehalt angebaut. Die Kartoffel enthält außerdem ein Gen, daß Resistenz gegen das Bayer Herbizid Glufosinat verleiht. Dies bedeutet, daß im Fall eines großflächigen Anbaus der Kartoffel, die Bauern an Bayer Patentgebühren zahlen müßten. Die Landwirte könnten auch nicht einfach wieder zum normalen Kartoffelanbau zurückkehren, da einzelne Knollen der Kartoffel immer im Boden zurück bleiben. Bei Auskreuzungen, z.B. mit dem weitverbreiteten Unkraut »Schwarzer Nachtschatten« wäre auch dieses gegen das Herbizid resistent.

Betreiber des Versuchs ist die Firma Solavista, eine Kooperation des Chemiekonzerns Bayer und der Stärkefirma Avebe. Avebe stellt auf dem internationalen Markt Kartoffelstärke her und betreibt in 5 km Entfernung in Dallmin eine Stärkefabrik.

Die Gruppen kündigte weitere Aktionen gegen das Versuchsfeld an. Weitere Informationen zu den Versuchsfeldern sind unter [www.dosto.de/gengruppe](http://www.dosto.de/gengruppe) zu finden.

Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik,  
BUNDjugend Brandenburg

## EEG-Novelle

**Berlin (bbp).** Nach der Zustimmung durch die Mehrheit der CDU-geführten Länder im Bundesrat kann die Novelle für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nunmehr in Kraft treten. »Dadurch«, so der Kommentar der energiepolitischen Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion Michaela Hustedt, »erhalten die Erneuerbaren Energien eine deutlich breitere politische Unterstützung in diesem Land – ein positives Signal für die aufstrebende Branche«. Auch in der CDU werde mittlerweile verstanden, wie groß die weltweite Zustimmung zu den Erneuerbaren Energien ist. Mit ihrer Politik des Wiedereinstiegs in die Atomenergie und einer Ablehnung der Erneuerbaren Energien drohten sie sich ins Abseits zu manövrieren.

»Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes«, so Hustedt weiter, »wird nun die Erfolgsgeschichte um ein weiteres Kapitel fortgeschrieben. Wir erleben schon vor Inkrafttreten der Novelle einen deutlichen Aufschwung.« Insbesondere im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe werde es eine richtige »Gründerstimmung« geben. Die kürzlich stattgefundenen Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn habe zudem deutlich gemacht, »daß wir mit dieser Politik auf dem richtigen Weg sind. Erneuerbare Energien sind die Alternative zum Öl und bieten darüber hinaus für die Pioniere große Exportchancen auf einem wachsenden Weltmarkt.«

## Gentechnik

**Berlin (bbp).** Seit Mitte April gilt die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Zutaten zu Lebensmitteln. Daß tierische Produkte, die auf der Grundlage gentechnisch veränderter Futtermittel erzeugt werden, dieser Kennzeichnungspflicht nicht unterliegen, wird von vielen Seiten kritisiert. Dabei müssen auch gentechnisch veränderte Futtermittel seit dem 18. April gekennzeichnet werden. Faktisch ist es jedoch nicht möglich, garantiert gentechnikfreie Futtermittel zu bekommen. Den Futtermittelherstellern werde, schrieb die Deutsche Bauernzeitung, schon aus Haftungsgründen von einer solchen Garantie abgeraten. Nach Einschätzung des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) müßten gemäß den EU-Vorschriften 90 % aller Mischfuttermittel in Deutschland als gentechnisch verändert deklariert werden.

Verbraucherministerin Renate Künast meint demgegenüber, daß es nicht hinnehmbar sei, Lebens- und Futtermittel wider besseres Wissen als »gentechnisch verändert« zu deklarieren. Das unterlaufe den Zweck der neuen Regelung. Sie kündigte eine Prüfung an, ob hier mit einer falschen Kennzeichnung wettbewerbswidrige Vereinbarungen umgesetzt werden sollten oder Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung ausnutzten.

# 1. Mai 2004: »Ein historisches Datum«

Der 1. Mai 2004 wird wohl – zu recht – in die europäische Geschichte eingehen. An diesem Tag war es geschafft, 15 neue Mitglieder in die EU aufzunehmen. Europa ist seither besser, schöner und eben auch einiger. Wiewohl noch nicht alles und jedes in »trockenen Tüchern« ist, wie der neudeutsche Ausdruck für das Erreichte wohl lautet. Die Außenminister der alten wie der neuen EU-Mitgliedsländer hatten es zweifellos hoch verdient, sich am Abend dieses denkwürdigen Tages mal eine Pause zu gönnen und festzustellen, es handle sich um ein »Historisches Datum« und allen Mitgliedsländern, den alten wie den neuen werde die Mitgliedschaft zum Segen gereichen. Einige Vermutungen, worin der Segen besteht, habe ich ja, doch gäbe ich einiges drum zu wissen, an was genau dabei die Außenminister der einzelnen Länder dachten.

Ein Stück von den noch »feuchten Tüchern« kam mir alsbald vor Augen. In meiner Einfalt hatte ich mir so vorgestellt, die Freiheit gelte nun auch für die neuen Mitgliedsländer. Nach den durchweg positiven Kommentaren im Fernsehen hatte ich mich schon für uns alle gefreut. Leider fiel in meine Freude bald darauf ein Wermutstropfen. Wer nämlich die neue visafreie Reisefreiheit so richtig auskosten will und sich einfach ins Auto setzt und auf eine Spritztour gen Osten strebt, der wird, wenn er

denn Besitzer oder auch nur Inhaber eines Audi, eines BMW oder gar eines Mercedes ist, schon an der Grenze zu Polen zurückgewiesen, mindestens aber gewarnt vor den Gefahren, die jenseits von Oder und Neiße auf ihn lauern. Renommierter und also um ihr Kapital besorgte Mietwagenfirmen jedenfalls untersagen ihren Kunden, mit solchen Fahrzeugen in Länder östlich von Oder und Neiße zu fahren.

Warum das so ist, will ich mir noch erklären lassen. Mit meinen Vermutungen komme ich nicht so recht weiter. Ob es sich wohl um eine geschickte, verdeckte Reklame des Herrn Mehdorn handeln könnte? Der sähe sicher lieber, es führen mehr Leute mit seiner schnellen, freilich etwas teuren Bahn. Ob sich allerdings Mercedesfahrer oder die Driver von Fahrzeugen Marke »LuxusGolf« auf diese Art gewinnen lassen, ich bin eher skeptisch.

Überlegt habe ich auch schon, wie das mit dem gelegentlich von Politikern angesprochenen »Gleichheitsgrundsatz« zusammengeht. Betrachten wir die Sache zunächst mal von Deutschland her. Es ist doch nicht so recht verständlich: Jemand kommt in einem Golf III, einem Renault oder einer von diesen Reisschüsseln an die Grenze gefahren und darf ohne weiteres passieren, nur Wagen der »besseren« Marken werden zurückgeschickt. Kann natürlich sein, bei allgemein rückläufigen Verkaufs-

zahlen ist solche Praxis Ausdruck verschärften Konkurrenzkampfes der Autohersteller. So recht kann ich daran aber nicht glauben. Autohersteller untereinander sind wohl eher für Absprachen als für harte Bandagen.

Ich versuche es mal von der östlichen Seite her. Da ist mir kein Fall bekannt, daß ein Fahrer einer Nobelkarosse zurückgeschickt worden wäre.

Restümierend bleibt zunächst leider festzustellen: An deutschen Fahrern, im weitesten Sinne auch Besitzern von PKW der Marken Audi, BMW und Mercedes, wird der bewährte Gleichheitsgrundsatz gleich zweimal verletzt. Einmal gegenüber osteuropäischen Fahrern, zum anderen gegenüber deutschen Fahrern minder luxuriöser PKW. Um herauszufinden, ob umgekehrt osteuropäische Autobesitzer und/oder deutsche Besitzer minder luxuriöser PKW damit bevorzugt, besser gestellt sind, müßte man mit einem Juristen klären. Der Schreiber neigt dazu, es zu bejahen.

Was ihn, den Schreiber, indessen sehr verwundert ist der Umstand, daß keine der im Bundestag vertretenen Parteien, auch keine, die gewöhnlich unter »übrige« geführt werden, protestiert hat. Oder haben es ARD, ZDF und dritte Programme, weil nicht wichtig, nicht gemeldet?

Dr. A. MOLITOR

## Aufrüstung per EU-Verfassung

Von den deutschen Medien weitestgehend unbeachtet rüstet Deutschland auf. Die Wirtschaftsquote des Exportweltmeisters 2003 fallen nämlich auch Rüstungsexporte. Mit sechs Prozent am weltweiten Rüstungsexport lag Deutschland 2003 hinter den USA, Rußland und Frankreich an vierter Stelle. Nimmt man allerdings die Rüstungsexporte der Staaten der Europäischen Union zusammen, ergibt sich, daß diese erstmals mehr Waffen in die Welt exportierten als die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Untersuchung des internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri belegt, daß der Wert der EU-Rüstungsexporte bei rund 4,7 Mrd. Dollar lag, die US-Waffenexporte hingegen bei rund 4,4 Mrd. Dollar, die von Rußland bei 6,9 Mrd. Dollar. Fast zwei Drittel der weltweiten Rüstungsexporte stammen 2004 somit aus der EU und Rußland. Hauptexporteure der EU sind Frankreich, Deutschland und Großbritannien, die einen EU-Anteil von 80 Prozent ausmachen. Daß diese Position weiter ausgebaut werden kann, dafür wird die EU-Verfassung sorgen.

Denn in der EU-Verfassung heißt es: »Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern« (Art. I-40(3)). Damit erhält Aufrüstung Verfassungsrang, was einmalig in der weltweiten Verfassungsgeschichte sein dürfte. »Es wird

ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen, sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich Fähigkeiten und Rüstung zu beteiligen sowie den Ministerrat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unterstützen« (Art. I-40(3)), d.h. Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion werden EU-weit koordiniert.

Das EU-Militär soll zu »Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen« eingesetzt werden können (Art. III-210). Das bedeutet, daß weltweite Kriegseinsätze selbstverständliches Mittel der EU-Außenpolitik werden.

»Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union. Diese Zusammenarbeit erfolgt nach Maßgabe von Artikel III-213« (Art. I-40(6)). Das heißt, es kann mehr als »er-

forderlich« aufgerüstet werden.

»Wenn der Ministerrat die Europäischen Beschlüsse über den Gegenstand der strukturierten Zusammenarbeit erläßt, nehmen nur die Mitglieder des Ministerrates, die an der strukturierten Zusammenarbeit beteiligte Mitgliedstaaten vertreten, an den Beratungen und an der Abstimmung über diese Beschlüsse teil. Der Außenminister der Union nimmt an den Beratungen teil. Die Vertreter der anderen Mitgliedstaaten werden ordnungsmäßig und in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der strukturierten Zusammenarbeit informiert« (Art. III-213 (3)). Das heißt, einige EU-Länder besitzen Exklusivrechte.

»Mit all diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet« (Art. III-210 (1)). Damit werden extraterritoriale Einsätze unter der Begründung der »Bekämpfung des Terrorismus« nach v.a. amerikanischem Vorbild ermöglicht; die Grenze bleibt dabei offen. Außerdem entscheidet allein der EU-Ministerrat über Kriegseinsätze (Art. I-40 (4)) und -Art. III-198 (1)). Das EU-Parlament kann angehört und informiert werden, mitbestimmen darf es nicht (Art. I-40(8)).

DOMINIQUE VOIGT

## »Mächtig zur Sache«

Ein doppeldeutiges Wortspiel, das Margitta Mächtig zu ihrem Wahllogan macht. So auch in der Veranstaltung in Finow am 28. Juli. Eine Veranstaltung, die mächtig in die Hosen ging. Was sicher nicht dem Eindruck der Veranstalter entspricht, wohl aber dem realen Ergebnis.

»Anspruch« (der mächtige Ausdruck für Zielstellung) der Versammlung war, mit Bürgern über die Politik der PDS zu reden und sie als Wähler für die PDS bei der Landtagswahl zu gewinnen. Dazu war angedacht, solche Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, die im Einzugsgebiet der Versammlung von besonderem Interesse sind und deshalb eine gute Bürgerbeteiligung versprechen. Das sollten und konnten für Finow zunächst Fragen der Verkehrspolitik sein mit den Schwerpunkten Flugplatz, Telekomstraße, und B167. In einer weiteren Planungsphase der Versammlung war dann allgemeiner von Infrastrukturpolitik die Rede. Die öffentliche Werbung erfolgte dann aber mit dem Thema: »Wie weiter in Eberswalde«, ohne jede weitere Untersetzung. Folge: die Teilnahme war mächtig dürftig und beschränkte sich auf 4 oder 5 Bürger. Die übrigen waren eigene Genossen, eingeladene »Sachverständige« und die Kandidaten-Konkurrenz.

Wer nun glaubte, die PDS würde ein alternatives Konzept für die Stadt Eberswalde darlegen, irrte mächtig gewaltig. Die Vorgabe – wie weiter in Eberswalde – war nur eine Eingrenzung für die Fragen, die gestellt werden sollten. Entwicklungsfragen der Stadt Eberswalde

spielten folglich nur soweit eine Rolle, wie sie sich aus gestellten Fragen ergaben. Wenn Margitta Mächtig mit der »Sache«, zu der es mächtig gehen sollte, die Stadtentwicklung meinte, so ging es mangels Sachkenntnis eher ohnmächtig zur Sache. Da müsse man den Bürgermeister fragen und die Stadt müsse ihre Hausaufgaben machen, mehr war kaum zu erfahren.

»Mächtig zur Sache« war wörtlich genommen und in der Versammlung praktiziert eine Beschränkung auf die Sache. Von Politik der PDS war nicht viel zu hören. Das Gesagte entsprach der bekannten mächtigen Auffassung, daß Kommunalpolitik Sachpolitik ist und für Parteipolitik keinen Platz habe. So war die Telekomstraße eben nur ein konkretes Sachproblem und niemand konnte erkennen, daß die Stellungnahme hierzu von einer PDS-Kandidatin kam. In anderem Zusammenhang erwähnte Margitta Mächtig, daß die PDS an einem »Schnittstellenpapier« arbeite, das feststellen soll, welche Übereinstimmung mit anderen Parteien im Land Brandenburg es gibt. Im konkreten Falle der Telekomstraße könnte im Schnittstellenpapier stehen: alle Parteien sind sich einig, vielleicht mit Ausnahme der Grünen. Wichtig wäre für die PDS eine Analyse, wo sie sich denn noch von den anderen Parteien unterscheidet. In der Frage der Telekomstraße müßte die PDS erkennen, daß dieses Verkehrsprojekt in der Priorität an letzter Stelle steht, wenn Straßenbauten bei prioritärem Einsatz der knappen Finanzen vom Bund bis

zu den Kommunen überhaupt eine Berechtigung haben. Bahn und Schiff vor Straße und Luftverkehr, öffentlicher Verkehr vor Individualverkehr, das sollten Prämissen sein, die die Verkehrspolitik der PDS bestimmen.

Durchaus am Platze war eine Art Rechenschaftslegung der bisherigen Landtagsabgeordneten. Doch was Heinz Dobberstein zu sagen hatte, hörte sich an, als wäre er bisher an der Regierung gewesen. Pro Integriertes Wirtschaftskonzept des Landkreises, pro Kreishaus, pro Hafen und Gewerbegebiete, pro Telekomstraße. Auch er sieht den Weg zur Lösung des Arbeitslosenproblems in der Infrastruktur- und Investitionsförderung. Wozu braucht es dann eigentlich die PDS?

In Vorberatungen zu dieser Veranstaltung hatte ich Vorschläge für eine Positionsbestimmung der PDS zu den Fragen Flugplatz, Telekomstraße und B167 formuliert, für die ich auch als Finower Ortsbürgermeister eintrete. Im Ergebnis der Versammlung muß ich konstatieren, daß ich in diesen Fragen keine Unterstützung von Margitta Mächtig und den meisten der anwesenden Genossen zu erwarten habe.

Ob überhaupt ein Teilnehmer an der Versammlung den Entschluß gefaßt hat, nun (anders als bisher) PDS zu wählen, darf bezweifelt werden. Trotz Anwesenheit eines Pressevertreters erfolgte bisher keine Veröffentlichung zu dieser Wahlveranstaltung. Vielleicht meinte es der Presseemann gut mit der PDS.

ALBRECHT TRILLER

## PDS-Zeugnis ist ein »heller Lichtblick«

Kürzlich war in Finowfurt Flößerfest. Bevor dir die Decke auf den Kopf fällt, denke ich so, kannst ja mal hingehen. Hingehen ist natürlich Unfug, wer läuft heute, wo wir einen »Kfz-Kanzler« haben, schon 7 km zu Fuß? Die Zeiten sind vorbei – leider – als wir, wegen eines Mädchens, ohne auch nur einen Moment nachzudenken, die doppelte oder auch dreifache Strecke hinter uns gebracht hätten. Hingehen meint heutzutage bei solcher Entfernung selbstverständlich und gedankenlos hinfahren und zwar mit dem Auto.

Also los! Solches Fest ist jedes Jahr und dieses Jahr war es, fand ich, wiederum größer als im Vorjahr. Orts- und Ortsteilbürgermeister werden zufrieden sein ob der vielen Stände, die Mehrzahl von ihnen bot Fressalien, viele schwach- und/oder hochprozentige, selbstredend wohlschmeckende Alkoholika an. Natürlich fanden sie auch Zuspruch, denn Fröhlichkeitshungrige Menschen drängten sich auch viele in der Straße.

Ein Stand freilich war da, an dem wurden weder Eßwaren, noch Trinke, keine Schuhe oder antiquarische Bücher feilgeboten. An diesem Stand konnte, wer wollte, sich (kostenlos) ein Feuerzeug oder ein Brillenputztuch oder

auch ein »PDS-Zeugnis Schuljahr 2003/2004 für die Brandenburger Landesregierung« oder auch alle drei Artikel mitnehmen. Solchen Stand auf dem Flößerfest fand ich schon bemerkenswert. Andere Parteien mit Ständen konnte ich nicht ausmachen.

Ich nahm mir ein Feuerzeug und fragte, was es koste. Kost' nichts, erhielt ich zur Antwort. Da griff ich mir auch ein Brillenputztuch und vor allem ein »Zeugnis«. Das war unterschrieben vom Parteivorsitzenden und von Ralf Christoffers. Der Landesregierung wurden in sechs Disziplinen die entsprechend miserablen Zensuren erteilt. Nur in »Öffentliche(r) Selbstdarstellung« prangt ein, 'Sehr gut'. Dieses »PDS-Zeugnis« ist eine brillante Idee, fand ich. Womöglich hat es sich doch gelohnt, den Bisky wieder zu aktivieren. Mit solchen Ideen kann man schon einen erfolgreichen Neuanfang, sprich Wahlkampf für Landtags- und Bundestagsmandate eröffnen.

Dann las ich auch die Rückseite vom »Zeugnis«. Da stehen die »bildungspolitischen Forderungen der Brandenburger PDS«. Jetzt bin ich richtig gespannt, ob wohl eine oder gar mehrere davon durchgesetzt wird. Seitdem ich vor mehreren Jahren – noch im vergangenen

Jahrhundert – zu einer »Mitgliederschulung« bei der Potsdamer PDS gastierte und hin und wieder mal einer Einladung der PDS-Seniorengruppe in die Bierakademie gefolgt war, weil mir das Thema interessant schien, hatte ich den deutlichen Eindruck, die Genossen stellen, wohl wissend, sie sind kaum durchsetzbar, richtige Forderungen auf und lehnen sich dann in ihrem bequemen Sessel zurück.

Diesen Eindruck gewann ich in Potsdam, durch das biedere Auftreten, speziell die geäußerten Ansichten von PDS-Funktionären und Kandidaten für das Stadtparlament in Eberswalde wurde dieser Eindruck noch verfestigt. Um es auf den Punkt zu bringen: Mir kam es vor, als hätten sich die Landtagsfraktionen der PDS eingereicht in die allgemeine Kasse der »Politiker« und wären zu »Diätenverzehrern« verkommen. Seit Jahren scheint mir das »Zeugnis« nun ein heller Lichtblick im öffentlichen Erscheinungsbild der PDS. Wenn die Rückseite davon mehr als nur bewegte Luft war, will ich gern unrecht gehabt haben. Und wenn die Landtagswahl im September in Brandenburg so ausgeht, wie letzstens in Thüringen, will ich gern als Depp dastehen.

Dr. A. MOLITOR

## Der große Irrtum

Der Zeitzünder der Bombe neben Adolf Hitlers Stuhl lief. In zwei Minuten würde sie hochgehen und den Holzbau mit dem Lageraum, in dem die Besprechung stattfand, zertümmern. Und Hitler töten, wie es geplant war. Stauffenberg verließ unbemerkt die Baracke. Er hatte etwa 150 m zurückgelegt, als die Bombe explodierte und ein Trümmerfeld hinterließ. Das konnte niemand überlebt haben. Für Stauffenberg war der Diktator tot. So verzichtete er darauf, noch mal zurückzugehen, um sich zu vergewissern, ob das Attentat tatsächlich erfolgreich war. Stauffenberg ließ sich sofort zum Flugplatz fahren, wo das Flugzeug für den Rückflug nach Berlin bereitstand.

In dem Lageraum herrschte ein, zwei Minuten nach der Explosion Totenstille. Auch Hitler lag wie leblos da. Aber bald erhob er sich fast unverletzt und wankte rauchgeschwärtzt, von Keitel gestützt, ins Freie. Zurück blieben vier Tote sowie mehrere Schwer- und Leichtverletzte. Noch wäre es ein Leichtes gewesen, Hitler mit der Pistole von Stauffenbergs am Auto wartenden Fahrer niederzuschießen.

Dieser Irrtum Stauffenbergs kostete weiteren Millionen das Leben. Denn der Krieg ging mit immer größerer Grausamkeit weiter. Hunderte wurden verhaftet, abgeurteilt und erhängt. Stauffenberg wurde noch am gleichen Tag erschossen. Sogar ein Generalfeldmarschall, Erwin von Witzleben, war unter den Opfern. Nach 18 Tagen in einer Folterzelle hing er mit auf dem Rücken gefesselten Händen am Galgen. Auch die Feldmarschälle Rommel und Kluge gehörten zu den Toten. Sie starben durch Giftampullen, der eine zu Hause, der andere bei Verdun. Das Morden wurde bis zum Kriegsende zur Routine. Der von seiner Vorsehung geschützte Diktator Hitler und seine Vasallen überlebten noch ein dreiviertel Jahr, ehe auch sie jenen Gifftot starben.

Wieviel Leid wäre erspart geblieben, hätte sich Stauffenberg noch einmal vom wahren Geschehen überzeugt. Einhundertundfünfzig Meter hätten Weltgeschichte geschrieben...

KURT GEMPIN

## Internet-Zeitung

Die Internet-Tageszeitung ngo-online erweitert ihren Service-Bereich. Seit Juni empfiehlt die Redaktion zusätzlich zum tagesaktuellen Angebot interessante Bücher. Unter [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de) gibt es eine Auswahl an gesellschaftlich relevantem Lesestoff.

ngo-online erscheint seit 2001 montags bis freitags als reine Online-Zeitung. Wo immer mehr Medien ihr Angebot ein- und beschränken, will ngo-online unabhängig von kommerziellen Interessen zu Information und Meinungsbildung beitragen und der Krise einen neuen Journalismus entgegensetzen. Alle Beiträge von ngo-online einschließlich des kompletten Archivs sind kostenlos verfügbar.

MATTHIAS SPITTMANN, Chefredakteur

750-Jahrfeier Eberswalde

## Finower Wasserturm als 3,30 m hohes Modell



Die 750-Jahrfeier von Eberswalde war ein großartiges Erlebnis. Besonders hervorzuheben ist das große Engagement der Eberswalder Bürger, das besonders in der Gestaltung des Festumzuges seinen Niederschlag fand. Auch Finower Bürger waren im Festumzug mit einem Bild vertreten. Sie stellten durch Verknüpfungen der Stadtwappen bzw. ähnlichen Symbolen mit bunten Bändern den Zusammenschluss der Orte Heegermühle, Messingwerk, Eisenspalterei und Wolfswinkel zur Gemeinde Finow dar. Das Wahrzeichen von Finow und seiner industriellen Entwicklung, der Wasserturm, wurde als 3,30 m hohes Modell mitgeführt. Die Wappen, bzw. Symbole der Orte waren durch Schüler des Finower Gymnasiums gestaltet worden. Text und Foto: A. TRILLER

## Aufruf zu Thälmann-Ehrung

**Hamburg (jw/bbp).** Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Ermordung des ehemaligen KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann soll in Hamburg eine große Gedenk- und Kulturveranstaltung stattfinden. Wie das »Kuratorium Gedenkstätte Ernst Thälmann« mitteilte, werden dazu prominente Redner erwartet. Zu ihnen gehören der ehemalige DDR-Staatsratsvorsitzende Egon Krenz und der Vorsitzende der DKP, Heinz Stehr. Die Veranstaltung soll am 20. August im Landesinstitut für Lehrerbildung in der Felix-Dahn-Straße ab 19 Uhr stattfinden.

Das Kuratorium betreibt seit 1969 in Hamburg-Eppendorf eine ständige Ausstellung zum politischen Wirken von Ernst Thälmann. In dem um die Jahrhundertwende erbauten Eckhaus Tarpenbekstraße 66 wohnte Thälmann mit seiner Familie von 1929 bis 1933. In der

Ausstellung mit zahlreichen Bildern und Dokumenten erschließt sich dem Besucher ein lebendiges Bild der Geschichte der KPD. Seit 1985 heißt der Platz vor der Gedenkstätte »Ernst-Thälmann-Platz«.

Der Hafen- und Transportarbeiter Ernst Thälmann trat 1918 zunächst der USPD bei, deren Hamburger Ortsvorsitzender und Bürgerschaftsabgeordneter er wurde. Nach der Vereinigung mit der KPD übernahm Thälmann schnell Spitzenfunktionen in seiner Partei. 1925 übernahm er auf Vorschlag der Komintern den Parteivorsitz. Wiederholt trat er als kommunistischer Präsidentschaftskandidat an. Am 3. März 1933 geriet Thälmann in die Fänge der Faschisten. Nach über elfjähriger Haftzeit wurde er am 18. August 1944 im KZ Buchenwald von der SS ermordet.

### »Für den kritischen Leser«

Schließende Buchhandlungen, Leseunlust, Neuerscheinungen mit einer Halbwertszeit von einem Jahr ... Wehklagen der Branche.

**Gegen den Trend** positioniert sich epilog, um im Modernen Antiquariat ein ambitioniertes Programm aus dem Bereich der Geistes-, Gesellschafts- und Sozialwissenschaften für Sie zusammenzustellen. Es gibt ihn nämlich: den kritischen Leser und sein Potential gegen die um sich greifende theoretische Beliebigkeit und thematische Esoterik. Wir wenden uns an Privatkunden ebenso wie an Bibliotheken, Institute, Seminare oder Stiftungen, um diesem Potential in Zeiten chronisch knapper Kassen bei seiner Entfaltung gegen den um sich greifenden Sachzwang zur Seite zu stehen und ein durchweg programmatisches Angebot für Sie zu bündeln. »Der Schnee von gestern ist die Lawine von morgen«: In genau diesem Sinne bieten wir Ihnen im Modernen Antiquariat zu reduzierten Preisen Restauflagen und kleine Mengen an. Sie finden uns auch im ZVAB und bei booklooker, wo Sie unser gesamtes Angebot einsehen und natürlich auch bestellen können.

**Nehmen Sie sich Zeit**, den epilog zu studieren, bestellen Sie oder teilen Sie uns mit, ob Sie in den Verteiler aufgenommen werden möchten. Sie erhalten dann regelmäßig unsere aktuellen Angebote zugeschiedt. Und fragen Sie auch nach! Wir verstehen uns als Vermittler: Wenn Sie Titel aus dem Modernen Antiquariat suchen – auch größere Mengen – sind wir Ihnen gerne behilflich, Buch und Leser zu für Sie günstigen Bedingungen zusammenzubringen. Wir empfehlen uns – empfehlen Sie uns bitte weiter.

epilog buchversand  
Karl-Heinz Klöckner  
Südwestkorso 74  
12161 Berlin

Tel. 030/85965081, Fax 030/85965082,  
eMail: [bestellung@epilog-versand.de](mailto:bestellung@epilog-versand.de)

## »... machen wir von der Schußwaffe Gebrauch«

*Demokratische Proteste gegen die Luftwaffenausstellung in Worms massiv behindert*

Vom 1. bis 4. Juli fand in Worms eine Ausstellung der Bundes-Luftwaffe statt. Gegen diese verharmlosende zur Schau Stellung von Kriegswaffen und Militarismus bereitete das Bündnis gegen Sozialabbau, bestehend aus der PDS Worms, der Widerstandsgruppe Worms-Wonnegau und Pax Christi, eine Mahnwache und einen Aktionstag vor. Unterstützt wurde unser Anliegen von der VVN/BdA und mehreren Einzelpersonen.

Schon im Vorfeld wurde uns jedoch seitens der Stadt Worms verboten, mit Plakaten auf unsere Aktionen aufmerksam zu machen. So blieb uns lediglich, kurzfristig mündlich auf unsere geplanten Aktionen hinzuweisen.

Bei unserer Mahnwache am Donnerstag, vor dem Eingang zum abgesperrten Gelände, wurden wir von den Sicherheitskräften massiv behindert. So wurde einem Kamerateam vom Offenen Kanal Worms seitens der Polizei zunächst die Berichterstattung verboten, mit dem Hinweis, das Ausstellungsgelände sei »militärischer Sicherheitsbereich«.

Die mit mehreren Wagen angertückte Polizei hatte anschließend nichts besseres zu tun, als die Personalien der anwesenden Personen aufzunehmen, und schwere Präsenz zu zeigen. Wenig später erschien dann noch eine Einsatzgruppe der Kriminalpolizei um unsere Flugblätter zu konfiszieren. Mit dem Hinweis auf die »Verbreitung Verfassungsfeindlicher Symbole« wurden die Flugblätter gegen Quittung eingezogen. Schon eine Stunde später jedoch erhielten wir die Flugschriften wieder ausgehändigt, mit der Auskunft, die Staatsanwaltschaft sehe keinen Anlaß für ein Verbreitungsverbot. So konnten wir also mit staatsanwaltlicher Billigung unsere Schriften weiter verteilen.

Richtig peinlich wurde der Auftritt der Sicherheitskräfte dann am Freitag, anläßlich unseres »Aktionstages«. Hier fand unter anderem die Papierfliegeraktion großen Anklang, vor allem bei den jüngsten Besuchern der Ausstellung. Mehr als 600 fertig gefaltete Flieger wurden an das Publikum verteilt, auf denen groß die Aufschrift »Flieger sind Geil, Krieg ist Scheiße« und der Satz: »Vergessen Sie nicht, Ihren Kindern zu erklären, daß die hier ausgestellten Fluggeräte gebaut und geflogen werden, um Menschen zu töten.«

Wieder wurden seitens der Sicherheitskräfte unsere Personalien festgestellt, mehrfach unsere Transparente ab fotografiert und Flugblätter zur Einsicht verlangt. Ein großes Aufgebot von bewaffneten Feldjägern gab uns unmißverständlich zu verstehen, daß wir Platzverbot hätten und im Falle eines Verstoßes von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werde. Einer unserer Mitstreiterinnen wurde sogar verboten, die Toiletten aufzusuchen.

Trotzdem waren unsere Aktivitäten ein großer Erfolg. Nicht nur Mitglieder der ausrichtenden Organisationen beteiligten sich an unseren Aktionen, spontan unterstützten uns auch viele Privatpersonen beim Verteilen der Infomaterialien und bei den unzähligen Diskussionen mit den Besuchern und Sicherheitskräften.

*Wormser Bündnis gegen Sozialabbau*



## Bildungspolitische Konferenz

**Bernau (de).** »Brandenburgs Bildungssystem nach PISA auf dem Prüfstand«, zu diesem Thema lädt die PDS-Landtagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am 18. August 2004, 14 Uhr, in den Bernauer Treff 23 (Breitscheidstr. 43a) ein. Als Gast dieser bildungspolitischen Konferenz kommt Gerrit Große, bildungspolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion, die Positionen der PDS für eine Wen-

de in der Bildungspolitik vorstellt. Fragen sind u.a.: Wie kommen wir zu einer besseren Qualität der Bildung? Ist unsere Schulstruktur zeitgemäß? Sind unsere Lehrerinnen und Lehrer ausreichend auf eine neue Bildungspolitik vorbereitet? Wie soll die Schule aussehen, die sich unsere Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer wünschen? Zu Beginn wird der Video-Film »Spitze! Schulen am Wendekreis der Pädagogik« von Reinhard Kahl gezeigt.

## Ach du liebe Zeit

*Vor einiger Zeit hat sich doch tatsächlich im Verlaufe eines Interviews im Fernsehen ein offenbar allgemein geschätzter Professor, ein Sozialhistoriker beim interviewenden Journalisten für eine seiner Bemerkungen entschuldigt. Oh nein, nicht wie sie jetzt womöglich glauben wegen eines üblen Wortes, einer ungerechtfertigten Nachrede oder ähnlichem. Vielmehr wegen einer ganz sachlichen Bezeichnung.*

*Ganz offenbar war er heftig über sich selbst erschrocken, man konnte es seinem Minenspiel ansehen. Liebend gern hätte er wohl seine Bemerkung ungesagt gemacht. Doch gesagt ist gesagt, da blieb nun keine Wahl, als sich zu entschuldigen – beim Moderator, aber auch bei den Fernsehzuschauern. Es war gewissermaßen eine »Öffentliche Entschuldigung«.*

*Ganz wörtlich vermag ich seinen »Entschuldigungstext« nicht mehr wiederzugeben, sachlich jedoch weitgehend korrekt: »Jetzt bin ich doch fast in die Nähe von materialistischen Ansichten gekommen«, meinte er.*

*Wenn ein gewiß durch wissenschaftliche Leistung ausgewiesener Professor sich (vorsichtshalber) für eine Anmerkung, die ihm von anderen als »materialistisch« ausgelegt werden könnte, öffentlich entschuldigt, dann muß im Staate Deutschland etwas – womöglich sogar etliches – nicht in Ordnung sein.*

*Dr. A. MOLITOR*

## Komplette Verwaltungshierarchie eingespart

**Weißwasser (bbp).** Die Stadt Eberswalde ist bekanntermaßen nicht die einzige Kommune mit finanziellen Problemen. Während es der Eberswalder Verwaltung gelang, vermittels einer geringfügigen Arbeitszeitverkürzung die Stadtverordneten dazu zu bewegen bis 2007 Umfang und Struktur der Verwaltung zu bewahren, ging man in Weißwasser (Oberlausitz) einen anderen Weg. Neben einer mehr als zwanzigprozentigen Reduzierung des Personalbestandes von 279 auf 220, die von allen Beteiligten als sehr schmerzhaft empfunden wurde, konnte durch eine völlige Neustrukturierung der Verwaltung ein noch stärkerer Personalabbau vermeiden werden.

Wie die »Lausitzer Rundschau« kürzlich berichtete, gelang es, sich von einer kompletten Verwaltungshierarchie zu trennen. Gab es früher Dezernenten, Amts- und Abteilungsleiter, sind es jetzt nur noch drei Fachbereichs- sowie mehrere Sachgebietsleiter. Dabei änderten sich nicht nur die Titel, sondern meist auch die Einkommen. »Wir haben 70 Änderungsverträge abgeschlossen, was Arbeitszeit und Vergütung betrifft«, wird der Beigeordnete Ronald Krause zitiert. Der Beigeordnete befürwortet zudem das »Rotationsprinzip in der Verwaltung«, was zum Vorteil hat, trotz des geringeren Personalpools alle Fachgebiete flexibel bearbeiten zu können.

# 1. ALTENHOFER Liedersommer

Der altenhofer kulturkreis e.V. präsentiert in Erinnerung an das Gerhard-Gundermann-Konzert Pfingsten 1996:

SONY THET Berlin  
WOLFGANG HERZBERG Poratz  
HAASE-BAND Leipzig

Bootsverleih am Breten, Uferpromenade, Altenhof am Werbellinsee

**Freitag, 27. August, 19 Uhr:** Ausstellungseröffnung »Liedimpressionen in Farbe« Margrit Kattner ab 20.30 Uhr Filmnacht mit „Gundi Gundermann“ (1983) und „Ende der Eisenzeit“ (2000) in Anwesenheit des Regisseurs Richard Engel.

**Samstag, 28. August, 20.30 Uhr:** »Liederfest«, Cello-Solo von & mit Sonny Thet; »Ich bin eine Kiefer im märkischen Sand«, Gesang & Gitarre von und mit Wolfgang Herzberg; »Das war mein zweitbestes Sommer!«, Gundi- & Haase-Lieder von und mit der HAASE-BAND.

**Sonntag, 29. August, ab 11.00 Uhr:** Ausklang: Wer kommt – der kommt!

Eintritt: 28.08.04 Erwachsene (ab 18 J.) 7 Euro / Schüler (unter 18 J.) 4 Euro / Kinder (unter 10 J.) frei; am 27. & 29.08.04 ist der Eintritt frei! Vorbestellungen beim Veranstalter akk e.V. über 033363-4262; Übernachtungen: Hotel Pension Poppe 033363-3226 & FeWo Mario Dräger 033363-3277

## „Und dann mußten wir raus ...“ – „I wtedy nas wywiezli ...“

Eine Ausstellung in den Baracken des ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück im Eberswalder Stadtteil Eisenspalterei erinnert noch bis zum 4. September an die Vertreibung von Polen und Deutschen in den Jahren 1939 bis 1949. Schulklassen der Sekundarstufen I und II sind herzlich eingeladen, sich die Ausstellung anzusehen. Wir erarbeiten gerade Arbeitshilfen für den schulischen Gebrauch und

stehen Jugendgruppen bei der Besichtigung erklärend zur Seite. Ab dem 16. August haben wir vor, einen Workshop zur lokalen Geschichte von Flucht und Vertreibung durchzuführen. Vorgesehen ist eine Blockwoche mit Schülerinnen und Schülern. Die Ergebnisse dieser Arbeit wollen wir dann zum Brandenburger Tag gemeinsam präsentieren.

EXIL e.V.

## PDS Barnim: »Hartz IV« und Wahlen

**Eberswalde (pds/bbp).** Am 14. August lädt die PDS Barnim zu einer Gesamtmitgliederversammlung ein. Fünf Wochen vor der Landtagswahl will der Kreisvorstand möglichst viele Mitglieder mit Argumenten für das direkte Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern versorgen. Zu den wichtigsten Themen werden deshalb Referenten eingeladen, die »auf prägnante Art und Weise die Kernthemen des Landtagswahlkampfes umreißen«. Die Kreistagsabgeordnete Berit Czopp, nach Aussage des Kreisvorsitzenden Ralf Hoppe die wohl beste Expertin im Landkreis auf diesem Gebiet, wird

zu »Hartz IV« referieren. Den PDS-Landesvorsitzenden Ralf Christoffers kündigte Hoppe als den Wirtschaftsfachmann der PDS Brandenburg an. Zur Bildungspolitik wird die bildungspolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion Gerit Große sprechen. Schließlich ist die stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Berlin eingeladen, um das Thema Regierungsbeteiligung abzuhandeln. Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung stehen außerdem die Neuwahl des Kreisvorstandes sowie die Wahl der Delegierten zum Bundes- und zum Landesparteitag der PDS.

Einladung zur Bürgerversammlung in Finow zum Thema

## Hartz IV ist Armut per Gesetz!

Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller, der Pfarrer der Kirchgemeinde Finow Martin Appel und Vertreter von Betroffenenengruppen laden die von Hartz IV betroffenen Finower Bürgerinnen und Bürger sowie alle anderen Interessierten zu einer Bürgerversammlung ein am

**26. August um 15 Uhr im Saal der Feuerwache, Eberswalder Straße 41 A**

Engeladen sich auch die Chefin der Agentur für Arbeit Eberswalde, Frau Bohle, der Vorsitzende der DGB-Region Uckermark/Barnim, Olaf Himmel sowie die Kandidaten für die Landtagswahl am 19. September.

**Die Veranstaltung ist Gelegenheit für Fragen zu Hartz IV und für den Protest gegen die Verarnungspolitik der Bundesregierung. Hören wir, was die Landtagskandidaten zu Hartz IV denken bzw. dagegen tun wollen und konfrontieren wir sie mit den Erwartungen der Bürger.**

**Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt – das gilt unverändert oder noch mehr denn je!**

Es ist schon „Fünf nach Zwölf“ und Hartz IV beschlossene Sache. Nur äußerster Widerstand kann noch das Schlimmste verhindern.

„...um uns selber müssen wir uns selber kümmern...“

ViSdP: Albrecht Triller, Ortsbürgermeister Finow

## Trio Wostok in Lunow

Am Sonnabend, den 14. August um 19.30 Uhr laden wir ein, in der Lunower Kirche Musik der Klassik, russische Folklore und Zigeunerromanzen zu erleben. Gast bei uns ist das



Trio Wostok. Die besondere Attraktion des Konzerts ist der Einsatz der großen Kontrabaßbalalaika. Der Eintritt kostet elf Euro bzw. ermäßigte neun Euro für Rentner, Erwerbslose, Schüler und Studenten.

THOMAS BERG

## Liedschatten

**Bernau (de).** Die andere Art der Begegnung mit einer Politikerin. »Offene Worte mit Dagmar Enkelmann« einmal anders. Zu Gast am 21. August, ab 19 Uhr im Jugendclub am Bernauer Steintor, ist die PDS-Politikerin und Landtagsabgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht. Sei singt zur Gitarre Lieder von Demmler, Gundermann, Reiser, Okudshava, Wysockij u.a. – Lieder, die Kaiser-Nicht an den Stationen ihres Lebens begegneten und sie seither begleiten. An ihrer Seite: der Musiker, Komponist und Sänger der ehemaligen Kult-Gruppe »WACHOLDER«, Jörg »KO« Kokott.

S O M M E R I N D E R M Ü H L E

Noch bis zum 21. August 2004

HOLZ 6

Gruppe Holzgestaltung  
und

28. August bis 12. September 2004

ABRISS

Reinhard Wienke

Vernissage: Samstag 28. August, 14.30 Uhr

DIE MÜHLE e.V., Am Zainhammer 3, 16227 Eberswalde  
Die Mühle ist zu den Ausstellungszeiten Samstag & Sonntag  
von 14.30 bis 18 Uhr geöffnet!

## Aufruf zur Unterstützung!

Seit Herbst 2003 werden AktivistInnen aus der Projektwerkstatt Saasen (bei Gießen, Hessen) mit Prozessen überhäuft. Im Mittelpunkt steht ein fast ein Jahr währender Prozeß mit 13 Anklagepunkten – erlogen von Polizei und Politik. Aktionen sind wichtig – aber leider diesmal nicht genug. Der Prozeß wird teuer. Darum bitten wir um Spenden auf das angegebene Konto. Wer Spendenquittungen braucht, sollte sich vorher bei uns melden.

Konto: »Spenden & Aktionen«, Nr. 9288 1806, Volksbank Gießen, BLZ 513 900 00; Infoseite zum Prozeß: [www.projektwerkstatt.de/prozess](http://www.projektwerkstatt.de/prozess)

Impressum und Abo-Coupon  
finden Sie auf Seite 10 dieser Ausgabe.